Zeitschrift: Freiburger Geschichtsblätter
Herausgeber: Deutscher Geschichtsforschender Verein des Kantons Freiburg
Band: 9 (1902)

Artikel: Das Landrecht von Jaun : Ein Beitrag zur Freiburger Rechtsgeschichte
Autor: Holder, Karl
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329857

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Landrecht von Jaun.

Ein Beitrag zur Freiburger Rechtsgeschichte. [1])

Von

Prof. Dr. K. Holder.

Im südöstlichen Teile des Kantons Freiburg liegt, von hohen Alpen eingeschlossen, ein enges Bergthal von ungefähr 3 Stunden Länge, welches sich von Osten nach Westen hinzieht und in welchem Stellen von reizender Naturschönheit mit wilden, großartigen Landschaftsbildern abwechseln. Es ist das Jaun- oder Bellegardethal, 1100 Meter über dem Meeresspiegel gelegen. Seit einigen Jahrzehnten durchzieht das Thal eine schöne Straße, welche durch Jaun über die Paßhöhe des Bruchberges nach dem Simmenthal führt. Früher waren die Verkehrswege ziemlich primitiver Natur; das abgeschlossene Bergthal war meistens nur durch Pässe zugänglich, von Plaffeyen über den Schwarzen See, von Charmey dem Thal entlang und vom nahen Bernerdorfe Ablentschen [2]).

In welcher Zeit und auf welchen Wege das Jaunthal besiedelt und wonach es benannt wurde, wissen wir nicht genau;

---

[1]) Ueber die äußere Rechtsgeschichte von Freiburg s. meine « Introduction à l'histoire du droit fribourgeois. » (Mélanges d'histoire fribourgeoises, 1898, p. 19—66).

[2]) Die Literatur über Jaun ist nicht reichhaltig: Bellegarde, (Etrennes fribourgeoises 1806, p. 87, 1807, p. 107—9, 1808, p. 139—41, 1810, p. 120—34); Kurze Beschreibung der Landschaft Jaun (Der Schweizerbote, Aarau 1819, Bd. XVI, p. 243—45); Kuenlin, Dictionnaire du canton de Fribourg (1832), II, p. 80—83; Kuenlin, Bellegarde (Die Schweiz in ihren Ritterburgen und Bergschlössern historisch dargestellt, III, (1839), p. 115—28); Dellion, Bellegarde (Dictionnaire des paroisses catholiques du canton de Fribourg, II, (1884), p. 99—112).

die widersprechendsten Angaben werden darüber gemacht. Einzelne[1]) wollen in Jaun eine keltische Ansiedlung sehen, und berufen sich dafür auf den Namen,[2]) andere[3]) glauben es seien Römer gewesen, welche sich von Avenches und andern durch sie erbauten Städten und überschwemmten Ländern dahin ausgedehnt oder verirrt haben; dieser Ansicht gebe auch das alte Schloß einigen Grund, da die Römer ihren Rückzug mit solchen Schlössern zu decken pflegten. Nach anderen[4]) sollen die Bewohner des Jaunthales, wie die des Oberhaslilandes, aus Schweden stammen, was man aus einigen alten Geschlechtsnamen wie z. B. Löwenstein und aus ihrem deutschen Dialekte folgern will. Ergötzlich ist die Ansicht,[5]) die ersten Bewohner seien Sachsen gewesen, die man Gauner nannte und die von den Urkantonen herkamen; von diesen sei der Name des Orts und der Bewohner (Jaun und Jauner), vermutlich weil die Sachsen das G wie J aussprechen, hergeleitet worden.

Wie es sich damit verhält, läßt sich schwer entscheiden; wahrscheinlich jedoch ist, daß die Landschaft Jaun durch Bevölkerung aus dem Simmenthal besiedelt worden ist. Woher die Bewohner kamen, ob sie Urschweizer waren[6]), und zu welcher Zeit dieselben sich im Jaunthal seßhaft machten, wird sich kaum ermitteln lassen.

Von den alten Bewohnern des Jaunthales weiß man eine große Vorliebe zu ihren alten Gebräuchen und Gewohnheiten, sowie ihre einfachen Sitten, ihre Treue und Biederkeit zu rühmen. In ihrer Abgeschlossenheit bildeten sich Sitten und Gebräuche, welche sich naturgemäß Jahrhunderte lang forterhalten haben.

---

[1]) Bridel, Conservateur suisse, V, p. 239 und 242.

[2]) Bellegarde soll von balla-Burg und gartha-Grat, Bergrücken d. h. Burg auf einem Grat herkommen. Vgl. A. Holder, Altkeltischer Sprachschatz, I, p. 337 und 1935; Jon oder Jaun soll Quelle oder Bach bedeuten. Die älteste Form von Bellegarde in Urkunden ist Balauarda (1228), Bellagarda (1350), die von Jaun ist Jona (1323). S. Fontes rerum Bernensium, II, p. 91, V, p. 387, VII, p. 486.

[3]) Schweizerbote, 1819, p. 244.

[4]) Kuenlin, Die Schweiz in ihren Ritterburgen l. c. p. 116; Kohli, Geschichte der Landschaft Saanen, p. 3; Geschichtsforscher, VIII, p. 305 ff.

[5]) Schweizerbote, 1819, p. 244.

[6]) Etrennes, 1807, p. 109.

Dies gab Anlaß zu allerlei Sagen z. B. daß im Jaunthal das Land durch keinen Pflug verwundet sei und daß die Jauner folglich kein Brod essen. Welche Idee man sich im Schweizerland noch Anfangs des 19. Jahrhunderts von Jaun machte, geht aus einem Bericht des „Schweizerboten" vom Jahre 1819 hervor [1]: „Es wird den Lesern des Schweizerboten vielleicht nicht unwichtig sein, zu vernehmen, wo die Landschaft Jaun liegt, die, so lange die Welt steht, weder Pflug noch Kutsche getragen und doch Rathsherren, Friedensrichter, Landesseckelmeister, Statthalter, Landrichter, Notaren, Lieutenant, Weibel, Pfarrer, Ammann, Kaplan, Sigrist, kurz ein aufgeklärtes, gesittetes, biederes Bergvölklein von 400 Seelen hat."

Unter diesen Gebräuchen, wovon die meisten der Zeit zum Opfer gefallen sind, beanspruchen ein großes Interesse die Rechtsgewohnheiten, welche von alters her die Beziehungen der Bewohner des Jaunthales unter sich regelten. Daß sich das Landrecht von Jaun unter den gegebenen Verhältnissen urwüchsig gestaltet hat, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Den Ausführungen über das Landrecht von Jaun, welches den Gegenstand unserer Abhandlung bildet, schicken wir zum besseren Verständniß eine kurze historische Einleitung voraus.

Jaun bildete schon früh eine Herrschaft und gehörte den Herren von Corbières. Wie und wann die Herrschaft Bellegarde an das Haus der Herren von Corbières kam, wissen wir nicht bestimmt; dieselbe geht aber jedenfalls in das 13. Jahrhundert hinauf. Am Ende des 13. Jahrhunderts wurde die Vogtei Corbières, welche vormals zum Königreich Burgund gehörte, in zwei Teile geteilt, nämlich Corbières und Charmey, später in drei Teile, welche den drei Söhnen des Cono von Corbières zufielen. Wilhelm von Corbières erhielt das Schloß und den Flecken Corbières, Gerhard bekam das Land und Thal Charmey und der dritte Sohn, Richard, welcher noch 1295 lebte, erhielt das Schloß und die Herrschaft Bellegarde. Als sicher erwiesener Anfangspunkt der Herrschaft Bellegarde kann daher das Ende des 13. oder Anfang des 14. Jahrhunderts angesetzt werden [2].

---

[1]) Schweizerbote, 1819, p. 243.

[2]) Die Herrschaft Bellegarde hat wahrscheinlich schon früher bestanden.

Die Oberlehensherrschaft über Bellegarde besaß das Haus Savoyen, denn im Jahre 1328 huldigte Rudolf von Corbières, Mitherr von Bellegarde, dem Grafen Ludwig von Savoyen für das Schloß und die Herrschaft Jaun, welcher ihm dafür seinen Schutz zusagte [1]; im Jahre 1352 huldigte Richard von Corbières-Bellegarde, Landvogt des Kaisers Rudolf von Habsburg, dem Herrn der Waadt, behielt sich jedoch die Treue an den römischen König vor [2]. Die Feudalrechte, welche die Herren von Corbières in Jaun hatten, wurden im Jahre 1372 schriftlich fixirt [3].

Im Jahre 1407 wurde, in dem Streit zwischen den Landleuten von Saanen und dem Grafen von Greyerz, das Schloß der Herrn von Corbières in Jaun von den Landleuten von Saanen zerstört, welche im Verein mit Landleuten von Thun, Frutigen und Siebenthal nach Jaun zogen und dort zwei Herren von Corbières gefangen nahmen und mit Raub wieder abzogen. Rudolf von Corbières wurde nach Thun verbracht, später aber wieder freigelassen [4]

Im 15. Jahrhundert kam ein Teil der Herrschaft Jaun an die Grafen von Gruyère, denn im Jahre 1474 verkaufte Johann de Prés, aus Rue, ansäßig in Lütry, dem Grafen Franz von Gruyère etliche Zinsen und Zinsleute in der Herrschaft Jaun um den Preis von 500 Gulden deutscher Währung [5]. Die Grafen

---

Jaun wird im Cartular des Cono von Estavayer vom Jahre 1228 (Mémoires et documents de la Société d'hist. de la Suisse romande, VI, p. 23) als Pfarrei des Dekanates Ogoz erwähnt; das Kollaturrecht besaßen die Herren von Corbières-Bellegarde, was darauf schließen läßt, daß dieselben die Kirche erbaut und dotirt haben.

[1]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, N° 1.

[2]) Kuenlin, Corbières, (Die Schweiz in ihren Ritterburgen, II, p. 268).

[3]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, Urbarien der Herren von Corbières über die Besitzungen in Jaun finden sich aus den Jahren 1404, 1445, 1486 (Grosses de Bellegarde, N° 22, 23, 21 und 16.)

[4]) Kuenlin l. c. III, p. 118; H. Türler, Ein Rechnungsbuch des Wirtes Hans von Herblingen in Thun, 1404—1415, (Sep. aus „Helvetia." Monatsheft der Studentenverbingung Helvetia). Ich verdanke letztere Mitteilung Herrn Staatsarchivar Dr Türler in Bern.

[5]) S. die Urbarien und Erkanntnusse der Grafen von Gruyère bezüglich Jaun vom Jahre 1463, 1472, 1482, (Grosses de Bellegarde, N° 19, 18, 17).

von Gruyère wurden somit Mitherren von Bellegarde[1]). Der Sohn des Grafen Franz von Gruyère, gleichen Namens, erhielt im Jahre 1475 den Anteil der Herrschaft Jaun als Leibgeding und ließ sich bei Uebernahme derselben von den Jaunern, seinen Unterthanen, am 30. Juli 1475 den Eid der Treue schwören[2]). Dasselbe Jahr brachte für die Herrschaft Jaun ein wichtiges Ereigniß, nämlich das Burgrecht mit der Stadt Freiburg. Beim Ausbruch des Burgunderkrieges, da Savoyen nicht in der Lage war, seine Vasallen genügend in Schutz zu nehmen, verburgrechteten sich letztere mit selbstherrlichen Städten, um einen Rückhalt zu haben. Dies that ebenfalls Jaun und ging ein ewiges Burgrecht mit der Stadt Freiburg ein, und zwar mit Einwilligung des Grafen von Gruyère (7. Februar 1475[3]). Das Burgrecht sollte von fünf zu fünf Jahren erneuert werden. Jaun entrichtet an Freiburg einen jährlichen Zins von einem rheinischen Gulden, behält sich aber sowohl alle seine Rechte und Rechtsame als diejenigen der Grafen von Gruyère und der Freiherren von Corbière in der Herrschaft Jaun ausdrücklich vor „nach sag unser fryheiten und harkomenheiten"[4]). Im Jahre 1502 ging die den Herren von Corbières gehörende Hälfte der Herrschaft Jaun durch Kauf an Freiburg über; Jakob von Corbières trat am 10. Dezember 1502 seinen Antheil der Stadt Freiburg ab für die Summe von 8830 Savoyer Pfund[5]).

Am 3. November 1504 verkaufte ebenfalls der Graf Johann II. von Gruyère, welcher sich in steten Geldnöten befand, der Stadt Freiburg seinen Theil der Herrschaft Jaun und zwar für die Summe von 9866 Pfund[6]). Dem Grafen von Gruyère

---

[1]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Gruyère, N° 261. Die Herren de Prés waren schon in der ersten Hälfte des Jahrhunderts in Jaun begütert. Siehe Titres de Bellegarde N° 6. Ueber die Besitzungen des Christian im Obersteg von Trefels in Jaun vgl. Grosses de Bellegarde N° 20, (1449).

[2]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Gruyère, N° 264; Mémoires et documents, N° XXIII, p. 470.

[3]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, N° 8.

[4]) S. Anhang I.

[5]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, N° 12. Die Urkunde mitgeteilt in Anhang II.

[6]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, N° 13; Mémoires et documents XXIII, p. 194. S. Anhang III.

wird von der Stadt Freiburg ein Ablösungsrecht eingeräumt in Bezug auf seinen verkauften Anteil (9. November 1504 [1]); die Ablösung aber erfolgte nicht.

So war die Landschaft Jaun seit 1504 vollständig im Besitze von Freiburg. Die Herrschaft Jaun wurde eine Vogtei; die Jauner leisteten den Eid der Treue und wurden durch einen von Freiburg gesetzten Landvogt, und in dessen Abwesenheit durch den Statthalter regiert. Das althergebrachte Landrecht bildete auch nach Uebergang der Herrschaft an Freiburg die Rechtsgrundlage; die Gerichtsbarkeit wurde, wie in den andern Vogteien, ausgeübt, und zwar die niedere durch den Métral (Ammann), das eigentliche Landgericht unter dem Vogt für die mittlere und hohe Gerichtsbarkeit, bei letzterer (Blutgericht [2]) in der Regel mit Vorbehalt der Bestätigung des Urteils durch den Freiburger Rat. Die weiteren Verwaltungsgeschäfte wurden durch den Landvogt, den Landschreiber und die Weibel besorgt; zur Beratung allgemeiner Angelegenheiten trat die Landsgemeinde zusammen.

Erstes Kapitel.

Das Landrecht von Jaun bis zu seiner definitiven Fassung (1560).

Gehen wir nun zu unserm eigentlichen Thema über, so muß eingehends bemerkt werden, daß sich die Anfänge des Landrechts [3]) von Jaun im Dunkel früherer Jahrhunderte verlieren. Die Bewohner des Jaunthales waren am Ende des 14. Jahrhunderts noch Hörige und der todten Hand unterworfen; denn nach einer Urkunde vom 16. Mai 1367 [4]) bezahlte jeder jährlich von einer Juchart Mattland zwei Sols, vier Denare, von einer Juchart Bergweide zwölf Sols und von jedem Fuder Heu drei Sols,

---

[1]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, N° 14.

[2]) Geschah auch durch den Landtag. S. Titres de Bellegarde, N° 15 (1504).

[3]) Vgl. über das Freiburger Landrecht sowie dessen Verhältniß zum Stadtrecht in meiner „Introduction" den § 3: Coutumes, droit et législation de la campagne (Landrecht fribourgeois) in „Mélanges", p. 39–51.

[4]) Kuenlin, Bellegarde (Die Schweiz in ihren Ritterburgen, III, p. 118).

und ihr Nachlaß kam, wenn sie ohne eheliche Kinder starben, wieder in die Hand des Herrn. Wilhelm von Corbières, Mitherr von Bellegarde, hatte feierlich versprochen, diese Abgaben nicht zu erhöhen und ihre Güter bis zur fünften Geschlechtsfolge ihren Verwandten zukommen zu lassen, wofür sie ihm 120 Lausanner Pfund gaben. Seine Söhne Peter und Rudolf von Corbières befreiten, durch Urkunde vom 9. Februar 1395 [1]), die Jauner von der todten Hand für die Summe von 440 Gulden deutscher Währung von gutem Golde und gesetzlichem Gewichte und unter der Bedingung, wie bisher zu bezahlen, für jede Juchart im Grunde zwei Sols und vier Zehner lausannisch und für jede Juchart Berglands zwölf lausannische Zehner und drei lausannische Sols für jedes Klafter Heu. Die Bewohner des Jaunthales wurden somit freie Zinsleute und hatten nur noch dem Herren die oben festgesetzten Zinsen zu entrichten. Nach welchem Münzfuße letztere von den Landleuten von Jaun entrichtet werden sollten, bildete im Jahre 1436 den Gegenstand eines schiedsrichterlichen Spruches zwischen Johann von Corbières und den Landleuten von Jaun [2]). Die Rechtsgebräuche und Rechtsgewohnheiten, welche sich in der Landschaft Jaun im Laufe der Zeit gebildet hatten, erhielten sich durch Gebrauch und Ueberlieferung, bis dieselbe im Jahre 1451 oder 1452 als Landrecht der Herrschaft Jaun schriftlich fixirt wurden [3]).

Das Landrecht zerfiel in zwei Teile, das eigentliche Landrecht, welches die privatrechtliche Verhältnisse der Landleute regelte, ferner das Strafrecht und die Gerichtsordnung. Erstere, wahrscheinlich die älteste Redaktion des Landrechts von Jaun, ist leider verloren gegangen [4]). Welches der Inhalt derselben war, erfahren wir im wesentlichen aus späteren Bestätigungen des Landrechts, vom Jahre 1510 und 1560 [5]).

---

[1]) Landtrog Jaun. Urkunde vom 9. Februar 1395.

[2]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, N° 3.

[3]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, N° 7: Landrechte der Herrschaft Jaun vom Jahre 1451; Landtrog Jaun: Verschiedene Strafgesetze vom Jahre 1452.

[4]) Freib. Staatsarchiv: Répertoire des baillages. Bellegarde sub fine.

[5]) S. darüber weiter unten.

Dagegen besitzen wir glücklicherweise die Originalredaktion des Strafrechts und der Gerichtsordnung, welche am 29. Dezember 1451 (nach dem Natalstyl 1452) gemeinschaftlich von der Herrschaft und den Landleuten von Jaun schriftlich fixiert wurden [1]). Diese Redaktion des Strafrechts und der Gerichtsordnung, das „lantrecht des urteils und des gerichts" genannt, setzt sich, laut Urkunde, in Gegensatz zu den „all ander unser fryheiten und unser alten harkomenheit, als den von alter und je dahar in unserm land Joun under uns sitt und gewonlich gesin ist, ob si harin eigenlich nit begriffen noch gelütret sind, (welche) gstan und bliben." Damit können nur die civilrechtlichen Bestimmungen, d. h. die privatrechtlichen Gewohnheiten der Landschaft Jaun gemeint sein.

Welche Gründe Herrschaft und Landleute von Jaun zur schriftlichen Fixierung des Strafrechts und der Gerichtsordnung bewogen haben, berichtet die Urkunde selbst: „Versechen wan aller zergenglicher dingen vergessen wirt in dirn zit der jaren und vil sachen geendret werden, davon so geben wir die mittherren und och die landlüten von Joun ein ewig zügnisse dirre nachgeschribnen unser lantrechten durch des willen, das iro nit vergessen den zu ewigen ziten von uns beiden teilen sicherlich gehalten werden mit kraft dis gegenwirtigen briefs allen denen, die ihn sechent oder hörent lesen, nu und hie nach ewengklich." Der Wortlaut ist folgender:

Und des ersten umb ein trostung bruch, weler den bricht mit worten als der ein heisset liegen in einer trostung, derselb ist umb drü pfund buss verfallen der herrschaft.

Item weler der ist, der messer zücht, stein uffhebt oder wirft in einer trostung, ist umb sechs pfund buss verfallen der herrschaft.

Item wer der ist, der ein blutruns macht oder hertfellig macht in einer trostung, der ist umb sin er und umb nün pfund der herrschaft komen.

Item wer der ist, der eim fürzucht in einer trostung

---

[1]) Original im Landtrog zu Jaun.

und sich das erfind und kuntlich uff inn werden mag, der ist komen umb die grossen buss, nemlich umb nün pfund, ein jar von dem land und och domit von sinen eren.

Item wer der ist, der trostung verziet, wenn einer gegen einem ist, so mag ein jegklich lantman trostung uffnemen und in die bussen legen als harnach stat, das erst bott dri schilling, das ander sechs schilling, das drit nün schilling, das vierde bott drü pfund und weler das als übersicht, der ist einer herrschaft umb das vorgenant gelt alles verfallen und mag ein herrschaft in zerhand nemen untz uff die stund das er getröst und die bussen allsament bezahlt hat. Wer es aber sach, das ir vil wider einander werint, das der richter oder ein ander lontmann, so sich der trostung anneme oder understund ze enpfachen, ze vast uberladen were, so mag der richter oder derselb, so sich der trostung annimpt ze enpfachen, sprechen zu denen, so den partner wider einander sint: ich gebüth miner herren frid worten und werken, und wenn das beschicht, so sollen die partner getröst han und in frid sin zu beiden teilen, und weler aber darnach messer zuchte und den andern blutruns machte, der hette trostung brochen, weler aber schlecht oder doruber trungi, der sol umb drü pfund buss der herrschaft verfallen sin.

Item wer der ist, der messer zucht in zornigen mut oder blutruns macht, ist umb drü pfund buss der herrschaft verfallen.

Item och wer der ist, der ein stein ufhebt und nit wirft, ist umb drü pfund buss, ouch wer ein wirft und in blutruns oder hertfellig macht, ist och um drü pfund buss, und wer den stein wirft und nit trift, ist umb dri schilling buss der herrschaft verfallen.

Item wer der mit dem andren ze stossen kem und messer über den andren zuchte, uud aber den der ander so da angriffen wurde, sich weren müste, das sol stan an der landlüten urteil als umb dem urhab an dem si das finden wurden, das der dem andren sin smach und schaden abtragen soll.

Item wer clagt umb einen frevel an offnem gericht

und aber in des nit gewisen mag, ist komen umb drü pfund buss, bewist er in aber, so ist derselb uff den clagt wirt, umb drü pfund buss der herrschaft verfallen.

Item aber, wer der ist, der eim saget dieb, mörder, ketzer, verreter, strudel, hatscha oder boswicht, und das nit uff in mit siben unversprochner mannen wisen und beheben mag, der sol gantz an desselben statt stan.

Item ist och ze wissen das wir die obgenanten mitherren und die lantlüt von Joun mit einhellen rat übereinkommen sind, dise nachgeschribnen stuck in schrift ze legen zu einer ewigen angedenknisse. Des ersten das nieman kein pfand schryen soll noch kein koufman han den wer der weri, der pfand selber gebi, der soll in eines richters hand die pfender geloben gut ze machen oder aber verburgen ze schetzen umb dritteil und houptgut wen si ir taga getan hand. Und umb die pfender, so ein weibel gebi und im zoigt wurden, sol och in dem rechten stan vorbehebt der herrschaft umb ir zins bussen und ingesigel, die mögend und sollend wol ein koufman haben.

Item es mag och ein jeglicher usserm land ein usren verbieten, ob der verbieter den weibel nit haben mag und sol och der, der da verbüttet, ein burger geben zem rechten.

Item och wer der weri, man oder fröwen, frömd oder kund, so abtrünig werint, mag man wol ir silber und gold verbieten und verhösten zem rechten, wa er in den lantmarchen von Joun bezogen wurde, und soll man das verbotten gut hinder ein herrschaft legen, was gutz das weri dem ze erwarten so es verbotte hatt. Wer es aber sach, dass jemand darüber entwiche, oder von dem land gieng, so mag ein herrschaft zu im griffen umb drü pfund buss.

Item wer der ist, der siner eren from und biderb ist, der mag wol einem jeglichen kuntschaft tragen in schlechten worten, nach dem und die sach vor im vergangen ist ân fürwort.

Item darnach so wellent wir das das hofrecht gegen armen lüten stande in aller wiss und form, als die von Sanen das under inen hand und haltend: des ersten, wer der ist, der

dem andren gelten soll und aber nüt noch kein gut hett und denn uff in clagt wirt mit dem richter, so muss er mit siner truw das recht trösten dem cleger uff dem nächsten gericht ze antwurten, und wenn denn beid teil für gericht komend, so spricht der cleger, das er im sin gelt oder schuld oder aber ein pfand darumb gebi. So spricht der ander, das er gar nüt noch kein pfand habe denn er solle me gelten den den er jenan hab, so muss derselb uff den clagt wirt ein eid liplich ze got und den heiligen sweren, das er in den nechsten acht tagen als sin gut nemen sol, wen er aber wider für gericht kant, so spricht er bi sinem eid, das er ein pfenig werd guts nit enhatt, demnach so muss er aber den ein eid liplich ze got und den heiligen sweren, das er all tag muss gan werken, untz das er sinen schuldner bezalt und mag sins lons im selber nit me behan, den vier pfenig, das er brot an einem Sunentag oder an einem banen firtag koufen mag, und soll nit by im han den ein messer, damit er das brot schniden mag. Wer es aber sach das dry, vier oder fünf uff ein sölichen clagen wurden, so soll allweg der elter vorgan mit der elsten schuld, und soll den vor den andren frid han, untz das der erst bezalt und dem nach zegend, untz dass sie all bezalt werden. Wer es och sach dass er die schuld vertrösten mocht, das mag er wol tun, in einem solchen zit als er den die schuld mit tagwanen gewinnen möcht und mag lidig sin. Wer es och sach, das er nyena nützet zewerken fundi, so mag er gan zu sinem schuldner und sprechen: ich find nüt zewerken, will tu mir geben zewerken, das ich dich bezalen mög, spricht der schuldner: neyn, ich kan dich nit inlegen, den sol die schuld so vil ir nochten ist, also anstan untz das er zewerken find. Och so mag er vor sinem schuldner kein kleid an im nit tragen, den das er zu im mit dem gurtel gurt hat.

Item wenn och uff ein solichen armen geselle clagt wirt und er das recht mit siner truw tröst, louft oder entwicht er daruber von dem land, so ist er ganz umb sin er komen, haltet er och der obgenannt stücken keines nit, so ist er aber umb sin er komen.

Item zu lest, so allen all ander unser fryheiten und unser alten harkomenheit gstan und bliben, als den von alter und je dahar in unsrem land Joun under uns sitt und gewonlich gesin ist, ob si harinn eigenlich nit begriffen noch gelütret sind.

Diese Satzungen wurden von Herrschaft und Landleuten von Jaun feierlich beschworen als ewig verbindliches Recht für beide Teile hingestellt.

Die früheste urkundliche Erwähnung des Landrechtes und zugleich die älteste Bestätigung desselben fällt in das Jahr 1475. Bei Eingehung des Burgrechtes mit der Stadt Freiburg am 7. Februar 1475, behielten sich die Jauner die Integrität ihrer „fryheiten und harkommenheiten“ d. h. ihres Landrechtes vor [1]). Ferner als Franz von Gruyère bei Uebernahme der Herrschaft Bellegarde, wie oben erwähnt, von seinen Unterthanen, am 30 Juli 1475, den Eid der Treue schwören ließ, versprach er [2]) seinerseits, dieselben zu behandeln „juxta ipsorum antiquas consuetudines et libertates“ und schwur, sie zu unterstützen „in ipsorum juribus, franchesiis, libertatibus et consuetudinibus quibuscunque“. Daß bei dieser feierlichen Handlung, welche bei einer Versammlung der Landsgemeinde in der Kirche von Jaun stattfand, und bei Abfassung der diesbezüglichen Urkunde eine schriftliche Aufzeichnung des Landrechtes vorlag, darf als sicher angenommen werden [3]).

Trotz dieser feierlichen Versprechen waren die Jauner mit dem Grafen von Gruyère nicht zufrieden. Er forderte bei Handänderungen von Grundstücken in der Landschaft Jaun das Lob und unterwarf diese Frage mit Einwilligung von Jakob von Corbière, seines Mitherren, der Entscheidung eines Schiedsgerichtes, welches in bejahendem Sinne entschied. Nur mit Mühe konnten sich die Zinsleute dazu verstehen; die Jauner beklagten sich, daß der Graf von Gruyère ihnen gewisse Rechte nicht zuerkennen wolle

---

[1]) Mémoires et documents, XXIII, p. 80.

[2]) Mémoires et documents, XXIII, p. 470.

[3]) Im Landtrog Jaun fand sich die Urkunde nicht mehr vor. Möglicherweise kam dieselbe im Jahre 1505 oder 1510, als die Jauner den Rat um Beibehaltung und Erneuerung des Landrechts ersuchten, nach Freiburg.

und weigerten sich schließlich dem Herren von Gruyère zu zinsen. Durch schiedsgerichtlichen Spruch aber vom Jahre 1491 wurde der frühere Entscheid bestätigt [1]).

Bald darauf ging, wie oben näher ausgeführt wurde, in den Jahren 1502 und 1504, die Herrschaft Jaun an Freiburg über. Die Stadt und Landschaft Freiburg stand Anfangs des 16. Jahrhunderts wesentlich noch unter dem Regime der Handfeste und hatte als subsidiäres Recht den Schwabenspiegel. Die im 14. und 15. Jahrhundert durch die Verhältnisse notwendig gewordenen gesetzlichen Bestimmungen wurden nach 1467 in der ersten Gesetzessammlung (1363—1467) vereinigt. Eine Revision der Gesetzgebung hatte sich als notwendig erwiesen, welche Anfang des 16. Jahrhunderts vom Freiburger Rat vorgenommen wurde und am 3 Januar 1503, neben der Handfeste als revidiertes Stadtrecht ausgegeben wurde [2]). Die Bewohner der Herrschaft Jaun konnten nun mit Recht fürchten, daß bei ihnen als Untertanen der Stadt Freiburg das soeben codificierte neue Recht der Stadt ebenfalls eingeführt würde. Die Jauner, welche fest an ihren althergebrachten Rechtsgewohnheiten hielten, richteten an den Freiburger Rat die Bitte, sie „bi iren fryheiten und althergebrachten guten üebungen ires lands gnadenclich beliben zu lassen“ und wiesen darauf hin, welche Nachteile eine Änderung in dieser Beziehung für sie im Gefolge hätte. Der Rat gewährte ihre Bitte, beschloß die Herrschaft Jaun vorläufig bei ihrem Landrecht zu belassen und stellte darüber am 6. Februar 1505 folgende Urkunde aus [3]):

„Wir der Schultheis und Rat zu Friburg tund kunt hiemit, als uns dann uf diser zit unser lieben getrüwen die unsern von Jaun gemeinlich durch ir anwalt mit demut haben lassen ankeren, si bi iren fryheiten und althargebrachten

---

[1]) Kuenlin, l. c., III, p. 119; Landtrog Jaun: Urkunden von 1477 und 1478; Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, n° 10 (23 octobre 1491).

[2]) Freib. Staatsarchiv: Législation et variétés, Bd. 8.; von Schnell herausgegeben in der Zeitschrift für schweizerisches Recht, XXII, Rechtsquellen, p. 1—45.

[3]) Freib. Staatsarchiv: Ratserkanntnussenbücher, II, fol. 67 a.; Zeitschrift für schweizerisches Recht, XXII, Rechtsquellen, p. 46.

guten üebungen ires lands gnadenlich beliben zu lassen, ungestattet das jemans sin recht ufgetan und wider von nüwen dingen angevangen werde, dann solichs ân mittel wider ir landrecht zu dem, das zu ersorgen were, das inen dorus vil unruwen wurden erwachsen, besunder durch das sich ein jeder desselben behelfen, iren rechtlichen lütrungen nit geleben, die widerteil bekümberen und zu verderblichen schaden bringen welte, davor si uns hoch anruften si zu beschützend. Harumb inen als unsern lieben besunder in solichem zu hülf zekommen nutz und ufenthalt wir ze bedencken, so haben wir solichen ir lantsbotten für ein antwurt gegeben, wir wellen si solicher ir obangezeigten üebungen, das jemans das recht von nüwen dingen ufgetan werde, von nu hin vertagen und sie in disem stuck bi irem landrechten, des gerichts und der urteilen beliben lassen, also das si dowider niemans bekümberen noch mit nüwem gerichtsanvangen umbtryben solle. Doch so behalten wir denen den zug oder appelats luter vor, die sich in der unsern urteil beswert funden, das die vor uns als oberherren von Jaun nach solicher der unsern von Jaun urteil appellieren und si sunst witer noch verrer nit ersuchen mogen, geverd und arglist luter hindangesetzt in kraft diss briefs, den wir mit unser Statt ufgedrucktem insigel haben bewaren lassen uf den sechsten tag hornungs 1505."

Diese Urkunde bestätigt uns, daß die Rechtsgewohnheiten von Jaun in das eigentliche Landrecht und die Gerichtsordnung zerfielen. Aus einigen einschlägigen Bestimmungen des Landrechts entwickelt sich, wie wir später sehen werden, eine Allmendordnung. Das Landrecht von Jaun wurde genehmigt, vorbehaltlich des Appellationsrechtes vom Landgericht Jaun an den Freiburger Rat, als Oberherren der Landschaft.

Im Jahre 1510 wurde das Landrecht von Jaun vom Freiburger Rat einer Revision unterworfen, welche sich der Rat laut Urkunde von 1505 vorbehalten hatte; der aus den Beratungen hervorgegangene Text hat folgenden Wortlaut [1]):

---

[1]) Freib. Statsarchiv: Ratserkanntnussenbücher III, fol. 22. Das Schriftstück trägt kein genaueres Datum und fällt in die Zeit vom 10. Mai — 15. November 1510.

„Wir der Schultheiss, Rät und Burger, genempt die zweyhundert der Statt Fryburg, tund kund offennlich hiemit, das wir alle glychikeit in der urteil, fründschaft und einhellen guten willen under unsern lieben getruwen gemeynen landlüten unser landschaft zu Jonn zu fürdern und das von hin mit dem gerichthalten und andern guten übungen doselbs, solich gut ordnungen werden gehalten, das si selbs under einandern und nöchgebuwrn und umsässen in wärender fruntschaft und ruwigen wässen beliben mogen der selben unser lieben getruwen landluten zu Jonn, die wir kurtzlich in koufswyss an uns gebracht, ernstig und demütig bitt angesechen, durch welich si uns in demut anbett haben, si umb dass kunftig so zu versechen, domit si durch ir urteil, so si ir werden geben, nit beladen und von hin unsers Stattrechtens bericht sich demnach zu richten wüssen und vor mengklichen gerüwiget beliben doruf, so haben wir inen dis nachgeschriben Recht gegeben und wellen, das si dobi um das kunftig umbeswecht ewenclich beliben und ir urteil, gericht und landrecht doruf setzen, doch so behalten wir uns hier in allzit vor, dass wir dorinn endrungen, mindrungen und merungen, nach dem un je die zitt und notdurft das ervordern mogen tün, dessglichen, dass uns solichs an unsern herrschafft recht, löbenn und andern dingen keinen schaden gebären, und sind dis solich ir landrecht und gerichtsordnung so wir inen geben haben, mit namen:

Diewyl von dem öbersten all gutt använg fliessen, so wellen wir, das si der helgen christlichen kilchen gebotten und verbotten gehorsamen unnd gewertig syen, dann welich sich dowider frävenlich von desshin ze setzen, oder sunst mutwillen und unfur triben wider jemans, der si bruch zu strafen hat, dessglichen was sunst grosser mutwill und frävel in unser landschaft Jonn werden begangen, die uf der oberen hand an mittel zu straffen gehören, als diebstal, mord, todsläg und all ander verwurckt sachen, die behalten wir uns zu unser straf.

An dass unser landlüt zu Jonn oder sunst jemans utzit daran hab zu vertädingen, wann durch den landweybel bi dem

eyd wird bezüget, dass er jemans an das gericht hab geboten, und einz nitt erschynt, so sol dem teil, der do erscheynt, ist er cleger, sin vordrung und clag zubekant, ist er aber antwurter, sin ledig spruch vom cleger bekant werden, doch so sol der abwäsenden parthy recht eehaftige not alzitt vorbehalten sin, welich eehaftig not wir achten, der herrschaft gebott, kranckheit, fhurs, und wassers not.

Welcher clagt und im rechten underligt, der sol solichs dem gericht mit X schilling unser wärung büssen, behept aber der cleger sin clag, so sol ihm der versprecher in XIIII tagen den nechsten gnug tun, und also in der selben zytt der urteil geleben und sol dorzu, ist es nitt ein frävel, dem gericht für ein buss geben dry schilling unser wärung und dem cleger ouch so vil, ob aber der handel ein grosse buss wird ertragen, so sol der so also underligt, geben VI ℔ unser wärung, die soll halb der herrschaft und halb dem obligenden teil beliben und in XIIII tagen mit dem, so das recht gesprochen hat ussgericht werden.

Wir wellen ouch mit dann das all händel, so einest für das recht komen, mit recht usgetragen und kein buss vertändiget werde umb gichtig oder um verbrieft geldschulden, dessglichen um gichtig erkannt burgschaft wellen wir, das dem gellten varende pfender, alldiewyl man die finden mag, gegeben werden. So aber deren keins mer vorhanden sind, so söllen danenthin dem schuldner sein ligend stück angriffen werden, wann dann XIIII tagen verschynen von dem tag hin gerechnet, dass die pfandung ist beschechen, und der schuldner sin pfender nit hat gelöst, so mag der gellt solich pfender, sind es echt varende pfender, die einziechen, tryben oder tragen, dann die schuld gewesen were, so sol solich bessrung durch und die danenthin dem schuldner oder andern sinen gelten mag frylich hinnemen, und domit als verstandnem gut schaffen nach sinem fryen willen und gevallen. Sind es aber ligend stück, so sol unser amptmann zu Jonn dieselben dem gellten ingeben, die inzuhaben und zu besitzen, wo dann in jarfrist von dem hin, dass si dem gelten ingeben sind, der schuldner die nitt löst, mitsampt dem ufgelouffnen kosten so söllen si dem gelten

für sin schuld frylich beliben, aber wo si besser unser gericht geschetzt durch den ussgericht werden, der solich güter besitzt. Ob dann dozwüschen jemans käme, der solich pfandung understünd zu irren, dorumb sol das recht beschechen, find es sich dann, dass solichs umbillich sie beschechen, also zu verstann, dass der, so solich irrung tut, mit brieff, sigel oder gut kuntschaft, dorumb er gut ursach gehept hab, solichs zu tun mogen, so sol solicher intrager um VI ℔ buss erkent werden, halb der herrschaft und halb der widerparthi, die dannenthin nitt destminder bi irem pfand als vor beliben sol. Hat er aber dorumb guten schyn gehept durch brief oder kuntschaft, und aber sin schuld nit elter sy gewesen dann des ander, der die pfender inhette, so soll er mit dem rechten an buss von sinem fürnemen gwyst werden. Die elter schulden söllen allzitt vorgann, stirbt aber eins und so vil schulden hinder ihm verlässt, dass sin gellten nitt mogen bezalt werden, so söllen des abgestorbenen gütter zu der herrschaft handen gedinen, all sin gellten uff einem tag zusammen berufft und denen solich gütter nach marckzal geteilt und je die eltesten gellten vor dannen ussgericht werden, und sol der amptmann, der solich teylung tut, X schilling und sin ankert vorussnemmen.

Unsers amptmanns recht zu Jonn um das fürbieten sol sin VI d(enarii), um das pfenden XII d., und umb das insetzen in gewerd des ligenden verpfändten stucks X schilling, alles unser wärung, sunst so sol der amptlüten recht in den übrigen stucken beliben, als si bishär sind gewesen."

Die Revision beschlug die Gerichtsordnung und kennzeichnet sich hauptsächlich dadurch, daß die Strafgerichtsbarkeit und die Urteilsfindung in die Hände der ordentlichen Gerichte gelegt wurden; für die Kenntniß des eigentlichen Landrechts, welches bei dieser Gelegenheit nicht neu codificiert wurde, vermittelt uns die Textrevision nichts als die Bestätigung des früheren Landrechts. Dagegen sind uns bei Kuenlin [1]), welcher berichtet, daß die Satzungen von Bellegarde im Jahre 1510 mit einigen Abän-

[1]) Die Schweiz in ihren Ritterburgen, III, p. 121.

derungen vom Rat zu Freiburg bestätigt wurden, kurze Auszüge des Landrechts erhalten geblieben. Welche Redaktion Kuenlin vorgelegen hat, ob die Originalredaktion des Landrechts von 1451 oder eine spätere Abschrift, läßt sich nicht mehr ausmachen; jedenfalls war dieselbe verschieden von der zweiten Redaktion des Landrechts, welche im Jahre 1560 entstanden ist; denn die Redaktion bei Kuenlin enthält Bestimmungen über Schuldbetreibung, welche in der letzteren fehlen. Wir dürfen daher die begründete Vermutung aussprechen, daß Kuenlin noch im Jahre 1839 eine frühere Redaktion des Landrechtes, in welche wahrscheinlich die erwähnten Abänderungen als Randbemerkungen eingetragen waren, vorlag. Ueber den Inhalt macht Kuenlin folgende Angaben [1]:

„Wenn sich zwischen Landleuten wegen der Weidfahrt Anstöße erheben, so sollen zwei oder drei Biedermänner darüber sprechen, ist aber ein Fremder dabei betheiliget, so müssen die Richter unpartheiisch sein.

„In den Theilungen erben die Kinder beiden Geschlechts sowohl vom Vater als der Mutter gleich, und bei denselben können die Enkel ihre Väter und Mütter vertreten, wenn sie Erbschaften von ihren Großeltern betreffen. Schuldbetreibungen dürfen nur dreimal in der Woche statthaben.

„Der Wiederkauf von Grundstücken, vormals auf sechs Wochen und drei Tage beschränkt, wird auf ein Jahr und Tag verlängert.

„Die verehelichten Leute erben unter sich nur, was sie seit ihrer Heirat erworben haben; eines ihrer Kinder dürfen sie nicht zum Nachtheil der andern begünstigen und bereichern; jedoch wenn eins derselben mehr verdient als die andern, so mögen sie ihm einen Lohn geben und dem Vater steht es frei, seinem Sohne sein Pferd und seine Waffen zu übergeben, so wie der Mutter, ihren Töchtern die Kleider und Kleinodien, und bei ihrer Vermählung eine Aussteuer, wofern solche hoheitlich bestätiget wird.

„Eine ledige Person kann zum Erben einsetzen, wen sie will.

„In Handelsgeschäften mit Fremden soll man das Gegenrecht halten.

---

[1]) Da im vorliegenden Text die Abänderungen berücksichtigt sind, so können wir daraus den Stand des Landrechtes vom Jahre 1510 erkennen.

„Diejenigen, welche das Gut ihrer Weiber und Kinder verschwenden, sollen durch den Landvogt unter Pflegschaft gesetzt werden.

„Ein Fremder, der sich in Jaun niederläßt, kann die Gemeindegüter nur insoferne nutznießen, als ihm die Gemeinde erlaubt, welche bestimmt, wie viele Rinder er wird auf die Allmend treiben können."

Diese Bestimmungen wurden im Jahre 1560, wie wir unten sehen werden, ergänzt durch eine Verordnung, die Haltung der Jaunthaler den sich ansiedelnden Nichtkatholiken gegenüber betreffend.

In Bezug auf die Gerichtsordnung betraf die Revision folgende Punkte, welche die Grundlage des Gerichtsverfahrens ausmachten: Bestrafung schwerer Verbrechen, Vorladung vor Gericht, Klagbuße, Exekutionsfrist und Bußen, Geldschulden und Bürgschaft, Pfändung an Fahrniß und an liegendem Gut, Aufhebung der Pfändung, Kundschaft, Vorrang der Schulden, Teilung in den Nachlaß des Schuldners, Pfändungskosten. In der Hauptsache erweist sich diese Revision als eine weitere Entwicklung der einschlägigen Bestimmungen des Landrechts über Schuldbetreibung. Daß das Stadtbuch von Freiburg vom Jahre 1503 bei Ausarbeitung der Gerichtsordung dem Rate als Vorlage gedient hat, ergibt sich aus dem Vergleich der einzelnen Bestimmungen [1]).

Mit vorliegender Bestätigung und Revision des Landrechts war vorläufig die Arbeit abgeschlossen. Neben untergeordneten Punkten, welche die Gerichtsordnung betreffen [2]), wurde nur noch eine eine wichtigere Frage durch den Rat erledigt. Das Landrecht enthält eine Bestimmung, welche die Stellung der in der Vogtei Jaun ansässigen Fremden regelt; bezüglich derjenigen, welche außerhalb der Landschaft wohnen, aber darin Güter besitzen [3]), ob sie auch zum Tragen der allgemeinen Kosten herangezogen werden können, bestimmt das Landrecht nichts. Da dieselben, auf Auffor-

---

[1]) Stadtbuch von Freiburg in Zeitschrift für schweizerisches Recht, XXII. Man vergl. z. B. die Paragraphen 54, 61, 80, 49, 52, 56 u. s. w.

[2]) Ratsmanual vom 15. Mai 1528 und 15. Oktober 1539.

[3]) S. den Rodel der durch Fremde hinter Jaun besessenen Liegenschaften. Titres de Bellegarde n° 52.

derung der Jauner, sich weigerten, die allgemeinen Kosten gemeinschaftlich zu tragen, so wandte sich Jaun in dieser Angelegenheit an den Rat von Freiburg und erhielt von demselben am 30. November 1512 folgenden Bescheid [1]):

„Wir der Schultheiss, Rät und Burger, die man nempt der Gross Rat der Statt Fryburg, tund kund offennlich hiermit, dass uff diser dat wir von unsren lieben getruwen dem statthalter und gemeinen landtlüten zu Jonn bericht worden sind, dass von vil personen, sie syen us unser statt, landschaft oder anderswohär, berg, vorsässen, weyd und ander gütter in ir landmarch Jonn erkouft und, so nu dieselben ersucht werdenn inen ir reyss- und landkosten helfen zu tragen, so wellen si sich des uss dem grund widern, dass sie an andern enden, do si sitzen, solichen reysscosten tragen müssen und desshalb umbillich mit zweyen ruten geschlagen werden, do aber dieselben von Jonn vermeinten, wo inen die ussländigen von den güttern wegen, die si in Jonn besässen, solichen im reyss- und landkosten nit söllten helfen tragen, so müssen si das land verlassen und wurd in irm vermogen nit sin, uns in unsern nöten zu dienen mogen, desshalb si uns mit demut angerüfft haben, ir not und anligen hierin zu bedenken und inen durch unser gebenden lutrung jetz und umb das künftig zu verhelfen, domit si aller irrungen vertragen bi irs lands übung und altem harkomen gerüwiget beliben mogen, und uff dass wir ir bitt zimmlich geachtet, haben wir inen unsern bescheid und lutrung also geben, dass welich hievor in unser landschaft Jonn güter erkouft haben, di si noch besitzen oder umb das kunftig erkouffen werden, si syen in unser statt, landschaft oder usserthalb gesessen, niemans usbescheyden, die söllen den unsern von Jonn als von anzal wegen ir güttern solichen reyss- und landkosten, den si je zu zyten von notdurft wegen unser kriegen und irs lands billich und veredlichen ursachen anlegen, helfen tragen und sich desselben nitt zu widern haben. So doch die von solichen ir güttern wegen, die si zu Jonn haben, nitt schuldig sind noch sin söllen die

---

[1]) Ratserkanntnussenbücher, III, fol. 72b.

sunst .....(?) zu randen, mit solichen underscheyd diewyl und sie zu solichen reyss- und landkosten durch diss unser bekanntniss gewyst und domitt nitt minder dann ein ingesässner landsman beladen werden, dass si ouch uff ir allmend doch mit bescheidenheit und zimmlich, also das die mit gevärden nitt überladen werde, varn und trengken mogen. So verr, das sie dieselben als ein ander landsman nach ir anzal nitt swänden und sunst helfen in eren halten, dann wo das nitt bescheche oder sie die allmend, als obstat, uberladen und mitt gevärden niessen wöllten, so behalten wir uns dann als jetz und jetz als dann luter vor, unsern wytern bescheiden dorumb zu geben, mogen alle gevärd vermitten in kraft diss briefs, den wir des zu bekanntniss mit unser statt angehenckten secret haben bewaren lassen. Geben uff sant katherinen abend gezalt von gottes geburt thusent fünf hundert und zwölf jar."

Eine neue Redaktion des Landrechts fällt in das Jahr 1560. Die Bewohner von Jaun hatten sich, unter Darlegung verschiedener Gründe, welche in der Einleitung der neuen Textrevision angegeben werden, an den Freiburger Rat gewendet mit der Bitte, ihr Landrecht zu revidieren und neu zu bestätigen. Der Rat setzte eine Kommission ein, welche mit der Arbeit beauftragt wurde. Die am 13. September 1560 aus der Revisionsarbeit hervorgegangene neue Redaktion des Landrechts ist folgende [1]):

„Wir der Schultheiss und Rat der Statt Friburg bekennend offentlich mit diesem brief, das uf heutigen tag für uns komen sind die ersamen gesanten unser getruwen lieben lantlüten und undertanen unser herrschaft Joun und habend uns im namen der ganzen lantschaft Joun zu verstan geben, das, obwol sie bishar nach irn alten guten gewonheiten under einandren und mit irn nachpurn in fridlich ruwigem stand und sun gelept, sich ouch für und für irs landrechten behelfen, wölte si doch von nöten bedunken, soliches ir lantrecht ze ernüwern und dorin die ding, so irrung, span und zwytracht

[1]) Originalurkunde im Landtrog zu Jaun vom 13. September 1560; Freib. Staatsarchiv; Ratserkanntnussenbücher IX, fol. 223—26; Zeitschrift für schweizerisches Recht, XXII, Rechtsquellen, p. 48 ff.

nit allein under den inwonern, sonders ouch zwüschend inen und gedachten irn nachpuren us misverstand stiften und bringen möchtend, durch unsere lütrung und gütig ansechen erbessren ze lassen, und desshalben uns in aller demut ankert und gebetten, das wir gnediclich soliches von inen ufnemmen und die artikel und ordnungen, so si guter meinung und zu ufenthalt guter policy und irs lantrechtens angesechen und uns hiemit in geschrift übergeben, verhören, ermessen, was billich dorin bestetigen, was aber unzulässig und misfellig were, als ein gütige herrschaft erbessren, meren, mindren und endren und nach unser wolmeinung irm vertrüwen nach darin handlen.

Als wir nun sölich ihr anbringen Gottes eren und der billigkeit gemess befunden und uns pflichten halb wol gezimpt, den unsern in rechtmessigen sachen ze willfaren, haben wir doruf etlich unser mitreten geordnet und inen bevolchen, obingewent artikel für sie zenemmen, wol ze bedenken, und uns ir lütrung darüber zegeben. Und nachdem soliches der notturft nach erstattet und uf hütigem tag ouch der lenge nach gedachter unser getrüwen lieben undertanen von Joun meinung und ir gestalte ordnung wol erwegen und verstanden, haben wir unser lütrung geben und beschliesslich darin geordnet wie hernach volget, namlich:

Zu anfang alle unrichtigkeit, die sich von irer alme und gemeiner weidfart wegen zwüschen inen und den inhabern der gütern, syend berg, vorsäss oder andere ligend und inbeschlossne stück ertrichts, an die alme stossend, mochte künftiglich begeben, hinweg zetund und eegemelt eeren lantlüt wissen mögind, wie sie in fal solicher unrichtigkeit handlen söllend, haben wir zu lütrung des geordnet, das wann sich, wie obstat, der alme wegen stöss und span zutragen, also das die inhaber der zinsbaren gütern wyter dann ir zil und march auf die almend gryffen wurden, so es einen inwonern und lantman antrifft, sollind und mogind zwen oder dry unparteiisch und unverlümbdet landlüt darumb zügen und es bi der march, so si bezügen werden, beliben one widersprechen, es were dan sach, das der inhaber des zinsbaren stuck

darwider möchte erzeigen. Wann aber der stoss andere personen, ussenthalb der lantschaft gesessen, berüren wellte, diewyl die lantlüt der alme halb ansprechig sind, soll ir keiner darumb kuntschaft und zügnus ze tragen haben, sonder den vermeinten übergriff und march mit unparteischen kundschaft erwysen.

Zum andern als eegemelt lantlüt unzhar nit im bruch gelept, das die kindskint an statt irs obgegangnen vatters habind mogen erben, diewyl solichs natürlichen und geschriebnen rechten [1]) ungemess ist, wellend wir es hiedurch abgetan und hingegen geordnet und angesechen haben, das in der abstygenden linien der sipschaft die kindskinder nun hinfür in der lantschaft Joun an iren verscheidnen vättern statt, grossvätterlich und grossmütterlich gut, als ire vätter hettind mogen tun, one einich widersprechen sollind erben, wie in unser und andern stetten der bruch und recht ist [2]). Aber antreffend bruder und schwester, so einandern verteilt und geschidigt sind, söllen des abgegangnen bruders kinder das gut, so irs vatters bruder one lyberben verlassen, nit erben, sonders anders sine geschwisterten, es sie dann sach, das der verschieden ist, kein bruder oder schwester verlassen hab oder mit sines bruder seligen kinder in unverteilten güetern gesessen sye. Alsdann mögen si noch unser statt recht [3]) erben an ihrs vatters statt.

Zum dritten, diewyl si sich beschwerend des kurzen zils,

---

[1]) Nach römischem Recht (Nov. 118, cap. 1) konnte der Enkel an die Stelle des Parens treten kraft des sog. Repräsentationsrechtes. Dies ist aber nicht in dem Sinne zu verstehen, als können die Enkel nicht kraft eigenen Rechts, sondern bloß als Erben ihres Parens neben Söhnen und Töchtern den Großvater beerben. Arndts, Pandekten, 14. Auflage p. 893, A 1. Nach deutschem Recht hatten die Kinder des Erblassers den Erbanspruch durchaus vor den Enkeln; letztere standen nicht auf der gleichen Linie mit den lebenden Söhnen und Töchtern des Erblassers. S. Schröder, Deutsche Rechtsgeschichte[3], p. 322—23 und 697. Auch im alten schweizerischen Erbrecht hatten die Enkel keine Erbberechtigung an Stelle des verstorbenen Vaters. S. Huber, Schweizerisches Privatrecht, IV, p. 543.

[2]) Munizipale ed. Schnell, § 388. Eintrittsrecht der Enkel.

[3]) Munizipale §§ 393 und 396 u. s. w.

so si in bezüchung der köufen bishar gepflegt ze haben, namlich allein sechs wuchen und dry tag, lassen wir inen nach, das in das künftig ein jeder koufsgenoss den kouf eines liegenden stucks züchen und nemmen möge innerthalb eines jars und eines tags, soverr der den koufzug haben wil oder vermeint zetund, dem koufer alles sin usgeben gelt sampt dem zimlichen kosten, den er dorumb getragen (der ouch nit uberschwenklich sin sol), also bar, wan er den kouf nimpt, erlege und darin handle nach unser statt recht [1]). So das dan geschicht, mag er den kouf züchen mit allen gedingen, wie derselbig beschlossen ist.

Zum vierten, als si ouch von altem harkomen für ein lantrecht gehept, das die eelüt uf einandren nützit haben noch nemmen sollind, bis si eelich lebend kinder mit einander gewinnint, sondern so der ein vor dem andern one eelich lyberben, von inen beiden geborn, abstirbt, ein jeder sich sins zugebrachten guts benüegen und damit ab des andern gut züchen soll, haben wir solichs uf ir darumb getane pitt nochmal ze bruchen nachgelassen, bestettiget und bewilget, doch darneben ouch geordnet, das die eelüt des, so obstat, ungehindert einander mögend in zimlichkeit begaben und was si einandern vergaben, bestendig sin soll, si habind kinder oder nit.

Zum fünften, wie si ouch in loplichem bruch und lantrechten gehept, das die kinder ir elter als vatter und mutter erben mögen, lassen wir solichs nochmaln darby blyben, es sye dan sach, das ein kint sin vatter und mutter übersechen tuye, in welichem val vatter und mutter gwalt und macht haben söllen, dem ungehorsamen kint ir leben lang nützit zegeben und es nach irem tod zeenterben, so die übersechung solichs nach unsern rechten [2]) verschulden und ervodren mag. Aber so vatter und mutter meer dan eins kint überkomen, so inen in allen zimlichen dingen gehorsamen, sollen si nit gwalt haben, einem wyter dan dem anderen ze vergaben,

---

[1]) Munizipale §§ 133 ff, 277.

[2]) Munizipale §§ 339 ff.

sondern si glylich halten und machen in iren güetern, dan allein in nachvolgenden stucken: namlich so eins meer umb si verdient hette dan das ander, wellichem billich sin lidlon in zimlichkeit und nit zehoch gestimpt und vorus gelassen und werden soll, und das der vatter gwalt habe, dem sun ross, harnisch, gweer und kleider zevergaben und die mutter der tochter ir morgengab, houptgwand, kleider und kleinotter. Doch so wellen wir den vatter und mutter uber das alles ouch gefryet haben irer varenden hab, das si us derselben nach unser stattrecht [1]) einem kind meer dann dem andern vergaben mogind, nach ervordrung sines verdienst.

Zum sechsten, diewyl wir all von Gott dem herrn uf disem ertrich unser eignen güetren halb fry sind gesetzt, haben wir bemelten unsern lantlüten ouch zugelassen, das wo under inen ein frye person were, die kein natürlich und rechtgemess erben hette, dieselbi ir fry gut, so der todnen hand nit underwürfig ist, frylich hingeben und vergaben möge [2]), wan es ir gevalt, mit vorbehaltung der herrschaft gerechtigkeit und mit gedingen, das dieselbe gabung sölle für uns, ee si kraft hab, gebracht und durch uns bestettigt werden.

Zum sibenden lassen wir inen ouch nach, das in koüfen und verkoüfen ligender oder varender güetern so ire nachpuren und umbsessen halten und mit inen aller gestalt handlen mögind, wie si von inen gehalten werden.

Zum achten, zu mydung unnützer verthuyung liechtveriger hushabern, die nit allein ir sondern ouch irer eefrouwen und kinden gut mit unnutz vertun möchten, haben wir geordnet und wellen, das es statt habe, das sobald einer vermerkt wirt, nit nach gezimmenden eeren huszehalten, sonders sin, siner husfrouwen und kinden gut vertut, sölle von stund söliches sin gut der herrschaft handen gestellt und durch unsern vogt zu Joun, so je zu ziten sin wirt, ein verweser und vogt darüber geordnet werden, on welches gunst und wüssen der man weder kouf noch verkouf oder andere pac-

---

[1]) Munizipale §§ 332, 325 ff.

[2]) Handfeste ed. Lehr. § 24; Munizipale §§ 310, 412, u. s. w.

tungen beschliessen noch treffen (mag). Und ob er einich harwider tete, dieselbe hiemit kraftlos erkant sin. Und söl doch der geordneter vogt kein gwalt haben, demselbigen gut zu nachteil ützit ze verhandlen.

Zum nünten, diewyl ze besorgen, das die lantschaft (als anderswo geschicht) mit fremdem volck besetzt werde, haben wir inen verbotten, das si kein frembden sollind in der lantschaft Joun sitzen lassen noch empfachen on unsern vergunst und verwilgen, sonder alle die frembden, so sich by inen niderlassen wellend, für uns wysen. Und so wir einem sin niederlass daselbs bewilgen wurden, sollen si doch nit verbunden sin, denselben uf die alme und gemeine veldfart mit sinem vich varen zelassen, dan allein sovil ime die lantschaft nachlassen und erlouben wird, unzit derselbig das lantrecht von inen erkouft und sich mit inen dessenhalb güticlich vertragen hab. So dan das geschechen, sollen si ine der alminen teilhaft machen und sin lassen als ein ander lantman.

Zum letsten, sitmal diser zit die religion in spänigen verstand gevallen und aber menger, so nit unser religion ist, hinder der lantschaft Joun güeter besitzt, doruf etliche zit wonet und die buwet, aber in solichem kein christenliche gehorsame tun will, haben wir geordnet, das gedacht unser lantlüt von Joun mit iren nachpuren früntlich leben, und unser vogt und statthalter daselbs gut acht haben uf diejenigen, so usserthalb unsern gebieten gesessen und aber hinder gemelter herrschaft güeter inhabend und buwend, ob si unser mandat mit fleischessen an verbotten tagen, firtagbruch und andern dingen verachtlich übertretend, und die si also handlende findend, nach vermog unser ordnungen fürnemmen und strafen. Doch sollen si keinen trengen noch zwingen, den kilchgang und christenliche gehorsame zetund, es sye dan sach, das einer ein zit lang uf sinen güetern mit füwr und mit liecht gesessen were, welichen in dem val unser statthalter sol erfragen, ob er sich in der lantschaft welle hushablich niderlassen und, so er dan ein abschlegige antwort gibt, ine heissen us dem lant zuchen. Dan wir nit wellent, das darin gegen niemand einiche geverd gebrucht werdind.

Und solicher gestalt haben wir uf dissmal gedachten unsern getrüwen lieben undertanen von Joun dis lantrecht in geschrift gegeben, gegen inen und gegen mencklichen one weigrung ze halten mit gebott, das ein jeder dem nachkomen, in urteilen und andern spenigen sachen sich des gebruchen, darwider nit reden, tun, raten noch handlen sölle in keinem weg. Dan wir si darby hanthaben, schützen und schirmen wellen, so lang und vil es uns gevellig sin wirt, si darby belieben zelassen, uns derhalben vorbehaltende, nach unserm gut bedunken und gestalt der inryssenden sachen darin zeendren, zemindren und zemeeren, was füglich und rechtmässig befunden wirt, als erberlich.

Und zu schin des alles haben wir disen brief mit unser statt secret bevestnen und besiglen lassen, uns doch in alweg one schaden. Beschechen uf den drüzechenden tag septembris, do nach der heilsamen Christi geburt gezalt ward tusend fünfhundert und sechzig.

Beschlug die Revision von 1510 die Gerichtsordnung, so war die vorliegende in erster Linie dem eigentlichen Landrecht gewidmet, welches der Rat „uf dissmal unsern getrüwen lieben undertanen von Joun in geschrift gegeben“; die Bestimmung über die Schuldbetreibung findet sich darin nicht mehr vor, dagegen ist der Artikel über die Haltung anderen Konfessionsangehörigen gegenüber neu dazu gekommen. Im übrigen sind die Bestimmungen im wesentlichen dieselben geblieben.

Wenn wir nun den Versuch machen, die älteren Bestandteile aus vorliegender Redaktion auszuscheiden, so dürften sich solche Bestandteile älteren Redaktionen in folgender Weise zuweisen lassen:

Die Bestimmungen über Beilegung der Streitigkeiten bei Benützung der Allmend dürfen als älteste Bestandteile des Landrechts angesehen werden, da die Allmend als früheste Grundlage der Wirtschaftsordnung im Jaunthale, jedenfalls nach der Befreiung von der Hörigkeit und von der todten Hand, angesehen werden muß. Die Bestimmung steht übrigens an der Spitze des Landrechts.

Im ältesten Landrecht war das Erbrecht der Kindskinder

an Stelle ihrer verstorbenen Väter und Mütter nicht anerkannt, denn das Landrecht von 1560 sagt, daß „eegemelt lantlüt unzhar nit im bruch gehept, dass die kindskint an statt irs abgangnen vatters habind mogen erben.“ Von Brüdern und Schwestern des Vaters erben die Kinder, an Stelle des verstorbenen Vaters nur, wenn keine anderen Geschwister mehr vorhanden sind, oder wenn die zu beerbende Person mit dem verstorbenen Bruder bei unverteiltem Gut gesessen hat.

Zu den älteren Bestandteilen des Landrechts gehört die Bestimmung über Schuldbetreibung, welche nur drei mal in der Woche stattfinden darf, denn diese Bestimmung wurde durch die Gerichtsordnung vom Jahre 1510 ergänzt und erweitert.

Der Rückkauf veräußerter Güter war gestattet; die Frist betrug im ältesten Landrecht sechs Wochen und 3 Tage; diese Frist wurde auf ein Jahr und Tag verlängert.

Als ursprünglicher Bestandteil des Landrechts ist anzusehen die Bestimmung, daß die Eheleute das in die Ehe gebrachte Gut von einander nicht erben können, sondern nur, was sie seit der Heirat erworben haben, in dem Fall, daß keine Kinder als direkte Erben vorhanden sind. Stirbt eines der beiden Eheleute, bevor Leibeserben vorhanden sind, so geht der in die Ehe gebrachte Vermögensanteil an die Familie des Betreffenden zurück. Dies wurde „ouch von altem harkomen für ein lantrecht gehept.“ Diese Bestimmung wurde im Jahre 1560 bestätigt, dagegen aber die Vergabungsfreiheit „in zimlichkeit“ der Ehegatten, auch wenn Kinder vorhanden sind, festgesetzt.

Das Intestaterbrecht der Kinder gehörte zu den ältesten Bestandteilen des Landrechts; dasselbe wurde im Jahre 1560 vom Rate bestätigt. Doch wird den Eltern das Recht der Enterbung zugestanden in den Fällen, welche vom Stadtrecht vorgesehen sind. Tritt diese nicht ein, so erben die Kinder an unbeweglichem Gut zu gleichen Teilen; in Bezug auf bewegliches Gut aber sind die Eltern nicht gebunden und können laut Stadtrecht einem Kinde je nach Verdienst geben.

Die Verfügungsfreiheit einer ledigen Person über ihr Vermögen gehört zu den ältesten Teilen des Landrechts. Der Rat bestätigt im Jahre 1560 diese Bestimmung, will aber die Herr-

schaftsrechte gewahrt wissen und behält sich die Genehmigung der Vergabungen vor.

Die Bestimmung über das Gegenrecht in Kauf und Verkauf mit Fremden gehört zu den älteren Bestandteilen des Landrechts, denn dieselbe erscheint in Form einer Bestätigung.

Die Bestimmung über Bevogtung der Verschwender gehört zu den jüngeren Bestandteilen des Landrechts, denn diese Befugniß wird dem Landvogt zugesprochen, welcher erst im Jahre 1505 eingesetzt wurde; übrigens wird diese Verordnung als vom Rat ausgegangen hingestellt.

Die letzten Verordnungen des Landrechts über die Niederlassung Fremder in der Herrschaft Jaun und über die Haltung der Jauner anderen Konfessionsangehörigen gegenüber, gehörten nicht zum ursprünglichen Landrecht und sind spätere Zusätze, und zwar ist erstere nach Uebernahme der Herrschaft Jaun durch Freiburg, also nach 1504, letztere nach Einführung der Reformation im Simmenthal und Saanenlande erlassen und ins Landrecht aufgenommen worden.

Mit dem Jahre 1560 war die Revisionsarbeit des Landrechts von Jaun im wesentlichen beendigt. Dasselbe wurde in die Ratserkanntnussenbücher von Freiburg niedergeschrieben und den Landleuten von Jaun auf einer Pergamenturkunde übergeben. Damit die Landleute von Jaun ihr Landrecht im ganzen Umfange neu redigiert besäßen, wurde noch eine Abschrift der Gerichtsordnung gemacht und von dem Freiburger Rat der Landschaft Jaun zugeschickt [1]).

Im Jahre 1576 ersuchte Jaun durch den Landvogt, den Rat um Abänderung eines Punktes, das Landrecht betreffend [2]) und um eine neue Bestätigung der Polizei- und Gerichtsordnung [3]): „Und zum anderen haben sie (die Landleute von Jaun) ouch demütiger wyss gebetten, das wir inen die pollicy und gerichtsordnung, so gedachte ir vogt in geschrifft zugebracht, uss gnaden bestätigen und inen des ein schriftlichen schin mit-

---

[1]) Ratsmanual vom 22. März 1575.

[2]) S. darüber Kapitel III: Die Allmendordnung der Landschaft Jaun.

[3]) Landtrog Jaun. Urkunde vom 10. Mai 1576.

theilen welten. Als nun sollich ir anbringen durch unsern kleinen rat für uns gewisen, und wir hütt alles ir beger in geschrifft der lenge nach verhört, darby iren uns fürgelegten landrechtbrief sampt den ordnungen, so wir inen hievor geben, verlesen lassen. Haben wir dieselben in iren wurten und inhalt bestätiget, bestätigend die ouch hiemit und wellend, das dieselben so lang bestand habind, bis wir sie widerrüft oder gemeret, gemindert oder verbessret habind, nach unserm fryen willen und gevallen, wie wir uns das heiter ussdingen und das fug und glimpf haben."

Diesem Beschluß des großen Rates schloß sich das Urteil des kleinen Rates an, welches lautet[1]: „Die policey- und andere ordnung so inen (den Jaunern) mine gnädige herren des gerichts und anderen sachen halb in geschrifft geben lassen, hat ire gnaden uff hüt in irem inhalt bestätigt."

Zweites Kapitel.

Der Streit über die Zins- und Lehensgerechtigkeiten zwischen der Landschaft Jaun und dem Rate von Freiburg (17. Jahrhundert).

Wir haben oben gesehen, daß die Landschaft Jaun sich Ende des 14. Jahrhunderts von der todten Hand um die Summe von 440 Gulden loskaufte mit der Verpflichtung, auch fernerhin, wie bisher, für jede Juchart im Grunde zwei Sols und vier Zehner, und für jede Juchart Berglands zwölf Zehner und für jedes Klafter Heu drei Sols an die Herren der Landschaft zu bezahlen. Ferner wurde im Jahre 1491 durch schiedsrichterlichen Spruch festgestellt, daß die Jauner bei Handänderungen von Grundstücken das Lob bezahlen müssen. Auf dieser Rechtsgrundlage, nämlich als freie Zinsleute, kamen Anfangs des 16. Jahrhunderts die Bewohner der Landschaft Jaun unter die Herrschaft Freiburgs.

Nach Uebernahme der Landschaft wurden im Jahre 1506

---

[1]) Ratsmanual vom 10. Mai 1576, fol. 112.

die Zinsbücher der Feudalrechte erneuert [1]), das Gebiet der Landschaft zwischen Jaun und dem oberen Simmenthal, zwischen Jaun und der Grafschaft Gruyère und anderen durch Verträge von 1518 und 1524 zwischen Freiburg und Bern, sowie zwischen Freiburg und dem Grafen von Gruyère festgesetzt [2]).

Nachdem nun das Landrecht von Jaun im Jahre 1560 schriftlich fixiert und im 1576 nochmals bestätigt war, blieb dem Rate von Freiburg noch die Aufgabe übrig, die Lehenspflichten und Erkanntnusse [3]), der Landschaft Jaun endgültig festzustellen [4]). Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission bestellt, welche die Vereinigung vornehmen und darüber dem Rat Bericht erstatten sollte. Bei dieser Arbeit stieß die Kommission auf Schwierigkeiten, welche dem Rate schriftlich vorgelegt werden [5]). Danach behaupteten die Landleute von Jaun, alle ihre Häuser, obschon auf Mauern errichtet, seien frei und ledig und sie brauchten dafür nur den Zins nicht aber bei Verkauf das Lob zu bezahlen; ferner wollten sie den Wert der Fruchtbäume, welche auf den verkauften Stücken Lands stehen, auf das Lob in Abrechnung bringen, ferner behaupteten sie, bei Tausch, für subhastierte und zwangsweise verkaufte Güter, kein Lob schuldig zu sein. Die Mühle, der Hof und mehrere andere Liegenschaften, welche ihnen der Rat von Freiburg verkauft hatte, seien ebenfalls lobfrei. Aus einem weiteren Bericht [6]) an den Rat, der sich im wesentlichen mit dem

---

[1]) S. die Urbare der Herrschaft Jaun vom Jahre 1506. (Grosses de Bellegarde, n° 14 und 15 im Freiburger Staatsarchiv), Zinsrodel und Erkanntnusse von 1516 und 1524, (Grosses de Bellegarde, n° 13 und 8).

[2]) Kuenlin l. c. III, p. 121; Freiburger Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, n° 16 und 18. Vgl. Ratsmanual, 1518—1521.

[3]) Titres de Bellegarde, n° 53; Rechte der Regierung hinter Jaun verfaßt von Fr. Gurnel. Aus dem Jahre 1540 ist ein Urbar und ein Verzeichnis der Erkanntnusse, aus dem Jahre 1563 ein Zinsrodel der Vogtei Jaun vorhanden (Grosses de Bellegarde, n° 7, 11 und 10). Vgl. Ratsmanual vom 8. Oktober 1546.

[4]) Ratsmanual vom 1. Dezember 1592.

[5]) Freiburger Staatsarchiv. Titres de Bellegarde, n° 25: Beschwärnußartikel und anbegehrte Erläuterungen wegen den Erkanntnussen hinter Jaun und difficultates H. Gurnels zu Jaun in der Kommission.

[6]) Artikel von Jaun. (Titres de Bellegarde, n° 25).

ersteren deckt, entnehmen wir, daß die Landleute von Jaun vermeinten, was sie von einander erben, dafür seien sie kein Lob schuldig; desgleichen von den Häusern, Scheunen, Speichern und Baumgärten, welche sie von einander kaufen, seien sie auch kein Lob schuldig, obschon sie keine Urkunde haben. Einige hätten keine Urkunde für ihre Güter und behaupten, sie hätten nur beylen(?) gemacht und könnten deshalb weder Zins noch Löber anzeigen u. s. w. Da die Ausführung des Befehls in Bezug auf die Fixierung der Zins- und Lehensgerechtigkeiten, wegen der Schwierigkeiten die der Kommission von den Landleuten von Jaun gemacht wurden, viel Kosten verursacht hatte, so stellt die Kommission die Frage, wer die Kosten tragen solle und macht zugleich den Vorschlag, für ein Mal, einen kleinen Aufschlag auf jedes Rind zu thun.

Die Antwort des Rates auf die vorgebrachten Schwierigkeiten ließ einige Zeit auf sich warten. Nach Verlauf von mehreren Monaten ersuchte die Kommission, in Hinweis [1]) auf ihren früheren Anzug bezüglich mehrerer Punkten der Erkanntnussen von Jaun, den Rat von Freiburg in der angeregten Sache Stellung zu nehmen und eine Entscheidung zu treffen. Die Kommission regt ferner beim Rate an, er solle die Kommission durch einige Ratsmitglieder verstärken, welche die Urkunden in Bezug auf einige strittige Punkte untersuchen sollen und dann die Angelegenheit dem kleinen oder dem großen Rat vorlegen, damit endlich eine Entscheidung folgen könne. Dies sei wünschenswert, damit weder dem Einkommen des Rates, noch den Rechten der in Frage stehenden Privatpersonen Eintrag geschehe. Die Entscheidung des Freiburger Rates erfolgte am 7. Juli 1594 und hat folgenden Inhalt [2]):

Erstlich alsdann gemeine inwoner der landschaft Joun vermeint, in allerlei erbfälen des lobs gefryet und überhebt zu syn, ist inen glychwol solche fryheit nitt geendret, dann das ire gnaden von natürlichen erbfälen, so den nächsten

---

[1]) Titres de Bellegarde, n° 25. Randnotiz.

[2]) Titres de Bellegarde, n° 25. Urtheil über etliche puncten der Erkanntnussen hinter Jaun; Ratserkanntnussenbücher 1594, fol. 434. S. den Auszug aus den Urbaren von Jaun vom Jahre 1597 und das Verzeichniß der Jauner Güter und Berge vom Jahre 1597, (Grosses de Bellegarde, n° 9 und 6).

blutsfründen zufallend kein lob abvordren werden, so aber jemand durch syn testament ein andern als ein blutsfründ oder einen von fernem und zu dem letsten graden zum erb berüffen und einen nähern übersechen wurde, von solicher als einer wyt überschrytenden erbschaft solle das lob bezalt werden.

Fürers als sie ouch vermeint alle gebüw fry zu besitzen, haben ire gnaden geordnet, dass ein behusenschaft oder gebüw, wan dry ort mit muren uffgefürt, oder das gebüw aller dingen und zu allen orten uf muren stadt, soll als ab einem unbeweglichem stuck das lob bezahlt werden, wan aber an zwoyen oder einer syden allein muren synd, sollen sie des lob überhept syn.

Sonst belangend diejenige, welche etliche güter und bergen besitzen, davon sie bishar kein pflicht noch lob erkennt ouch kein zins abgericht, wyll die landlüt um derglychen fryung kein schyn, sigel noch brief zeigen mögend und sonst alle einem glychen zins underworfen, darus abzunemmen, dass im ganzen landkreis kein fry stuck sye, soll uff derglychen stuck ein gmeiner lydenlicher herrn- und bodenzins, namlich von jedem rinderweid järlich ein Fryburger schiling geschlagen und das davon gebürend lob sampt andern lehenspflichten erstattet und bezalt werden, ouch das lob als andere hievor erkannte güter.

Letslich zu abtrag des vilfeltigen costens, so mit uffnemung und ernüwerung der erkanntnuss uffgängen, ist bewilligt, dass von jedem rinderweid fünf krüzer sollen abgefordert werden, welche der amptsmann daselbs inbringen und volgends dem herrn seckelmeistern zustellen soll, die zwöy hundert pfund und acht und zwentzig, so er schon uff rechnung empfangen und andere costen zu ersetzen.

Die Entscheidung des Rates ging also dahin, daß ein Grundstück, welches dem natürlichen Erben anheimfalle, lobfrei sei, dagegen sollen diejenigen Grundstücke dem Lob unterworfen sein, welche durch Testament auf nicht direkte Erben übergehen. Die Gebäude, welche auf Mauern erbaut sind, sollen als unbewegliches Gut dem Lob unterworfen sein. Von unbelehnten Gü-

tern, für welche die Besitzer keinen Freibrief haben, soll, neben dem Lob und andern Lehenspflichten, ein mäßiger Zins bezahlt werden, und zwar für jede Rinderweid jährlich ein Freiburger Schilling. Zur Deckung der Erneuerungskosten der Erkanntnussen sind auf jede Rinderweid fünf Kreuzer zu erheben. In diesem Sinne sollte die Erneuerung der Erkanntnusse nach Verordnung des Rates [1]) in vierzehn Tagen vollendet sein.

Die Sache kam damit nicht zur Ruhe, die Landleute von Jaun wollten sich nicht zufrieden geben [2]), schützten ihre althergebrachten Rechtsgewohnheiten und Freiheiten vor und wandten sich mit Vorstellungen an den Rat von Freiburg. Dieser empfing eine Abordnung der Landschaft Jaun, welche ihm schriftlich ihre Forderungen und Rechtsansprüche vorlegte [3]). Der Rat ließ sich auch den Bericht der eingesetzten Kommission vorlegen und erließ nach erneuter Untersuchung und reiflicher Beratung am 30. Januar 1604 folgendes Urteil [4]):

Wir der Schultheiss und Rath der Stadt Fryburg thun kund hiemit, als dann die ehrsamen wysen unsere liebe und getrüwe Peter von Montenach, landschryber, und Frantz des Granges curial als comissarien, wellichen wir die bereinigung und ernüwerung unserer lehen, erkanntnussen zu Jaun vertrautodt, in verrichtung anbevohlen werks etwas missbruchs und schadlichen ingriffs zu unserem nachtheil erfahren, dass sich die ehrsame landlüt etlicher rechten und fryheiten doselbs anmassen wollen, die sonst in keinen anderen orten hinter unser landen und gebieten üblich synd, namblich dass sie vermeinend, von den subhastierten gütern kein lob schuldig zu syn, wie sie gleichfahls fürgebend, dass man von einem tusch kein lob bezahlt habe. Desgleichen, dass alle ire hüser, schüren und wohnungen, die standend glych uff muren oder

---

[1]) Ratsmanual vom 7. und 11. Juli 1594.

[2]) Ratsmanual vom 15. September 1594, 12. und 26. November 1602, 6. Februar 1603.

[3]) Siehe die Einleitung des folgenden Ratsurteils von 1604.

[4]) Freib. Staatsarchiv: Ratserkanntnussenbücher, Bd. 24, fol. 230 b; Landtrog Jaun: Urkunde vom 30. Januar 1604, erhalten in einer vidimierten Abschrift von 1682.

nit, mit sampt den kraut- und boumgarten auch mit ihren bünden lobs fry syend, und in den anderen zinsbaren stücken, die sie als lobbar erkennen, wollen sie nüt destominder alle schüren, staffel, spycher, ouch die fruchtböum absetzen; wil nun solliches alles in anderen orten unserer herrschaften nit brüchlich, haben die commissarien von gemeiner landschaft die erwysung sollicher ihrer vermeinten fryheit mit briefen und siglen zu sehen begert und ihnen darzu vielfältige manung getan, ouch lange zit bewilliget, darzwischen aber ihnen anders nüt fürkommen, dan dass die landlüt by ihren einfältigen fürgeben vermeinen zu glouben zu sin, desshalben sie neben dem ehrsamen Hansen Quientzig, unserm lieben und getrüwen vogt daselbs, ursach genommen, uns disen handel fürzubringen und unsers entscheids darob zu erwarten, neben wellichem die verordneten einer loblichen landschaft auch vor uns erschynen, weliche durch ihren schriftlichen fürtrag das alt harkomen und gwonheit, so in verlobung irer zinsgüter üblich gsin, und was sye desshalben von iren altvordern verstanden, in aller gebür eröffnet und dargethan, es sye dass sie in schatzung und vergandtung, ouch in ertuschung der güteren, besonders aber, wan sie umb ire hüser, kraut- und boumgärten gehandlet, um dass ein lob niemalen ersucht worden, desgleichen syend die schatzungen der hüseren, schüren und fruchtbäumen allzyt an dem lob abgezogen worden, do sie in schuldiger underthänigkeit gebeten, wie sie gnädiglich by dem alten wässen erhalten und verbleiben lassen wöltend, dan ir hüser sonst mit so schwären fürstatzinsen beladen, dass sie kein wytter beschwärd ertragen mögend, darneben sie uns ouch etliche artikel der wyberen erbschaft, schulden und anderer landsbrüchen halben fürgelegt und um bestätigung derselben angehalten.

Nachdem wir nun beder sowohl unser commissarien als gemeiner landlüten anligen gnugsam abgehört und verstanden und der sachen beschaffenheit nach allen umbstenden nach der gebür erwägen und bedacht, haben wir uns dess entschlossen, geordnet und erkennt: Erstlich belangend die

verlobung der pfandungen und schatzungen, ouch allerhand tüsch der güteren, diewyl ein lehenherr billich wüssen soll wellicher syne zinsgüter besitze, und wie man domit handlet, dannenhär das lob von allen handenderungen usserthalb der rechten natürlichen erbschaften dem lehenherren gebürt, und die vergandtung und tüsch nit minder als die kouff den besitzeren verenderen, wie dann man nit vermeinen kann, dann dass die verlobung in den tüschen üblich gsin, wie woll man dieselben allein uff das nachgelt ziechen und limitieren will, und hingegen wann die vergandtung und tüsch des lobs ledig sin soltend, man lychtlich einem kouf den gleichen namen zueignen und dergestalt zu nachteil der lehen- und grundherrn vil löber verschlachen möchte, desshalben sprechen und erkennen wir, dass nach form rechtens, und wie es in anderen orten, zum theil auch zu Jaun selbs gewont ist, sie von den vergandungen und tüschen die löber bezalt, also für basshin sollend sie auch noch wyters dieselbige erstatten und composieren, wie ouch von der ganzen summ eines koufs, ohne abzug der fruchtböumen und der gebüwen, so uff dryen oder mehr muren stand, dann wyl die fruchtböum und schüren so uff muren erbuwen dem grund und boden unbeweglicher wys anhángig, soll man von denselbigen wegen nütt abzüchen noch abschetzen, was aber bewegliche, hültzine büw, schüren, staffel berüret, die lassen wir wie von altemhär fry blyben, und belangend der landlüten hüser, hofstett und wohnung, auch ihre gärten und bünden, aber nit die boumgärten, obschon sie darumb kein fryheit ufgelegt, nütdestminder, wyl andere flecken hinder unseren landen der hüseren halben mit dem kopf wins an stat des lobs erlassen syndt, und wie gemelde unsere liebe herrschaftslüt zu Jaun minders nit dann andere flecken zu erhalten und zu meinen bedacht sind, wöllend wir sie vermitlest eines kopfs wins ouch aller koufen ihrer wonung gefryet erlassen haben, so vill die bestätigung ihrer brüchen belangt, im fahl sie sich als alte zugehörige under derselben ordnung nit vergleichen wollend, darzu wir sie vermanen thuend, soll hernach wyters insehen beschechen, und domit

sie ouch unsere amptslüt sich nach disem bescheid wüssend zu richten, haben wir ihnen disen schyn under unserem ufgetruckten secrets insigel, uns doch in allweg ohne schaden, werden lassen. Actum den 30. Jenner 1604.

Das Urteil bestätigte im wesentlichen die frühere Entscheidung. Abgesehen von dem Besitzwechsel, welcher durch Intestaterbfolge entsteht, muß für jede Handänderung von Grund und Boden, sei es für Kauf, Tausch oder Vergantung, das Lob bezahlt werden und zwar beim Kauf ohne Abzug der Bäume und Gebäude, welche auf Mauern stehen, von der Kaufsumme. Ausgenommen sind die Gebäude, welche in leichtem Holzbau aufgeführt sind. Bei Handänderungen der Häuser, Hoftstatt, Wohnungen, Gärten (aber nicht der Baumgärten) und Pflanzungen soll an Statt des früheren Lobes ein Kopf Wein entrichtet werden. Im Fall, daß die Landleute von Jaun sich mit dieser Ordnung nicht abfinden können, behält sich der Rat einen weiteren Entscheid vor.

Das Urteil des Rates mißfiel auch diesmal den Jaunern sehr; diese Mißstimmung wurde noch vermehrt als der Freiburger Rat, um die sehr niedrigen Einkünfte des Vogtes und des Pfarrers zu erhöhen, gegen Abtretung eines Stückes Allmend, die Herrschaft Jaun zwang, an den Vogt einen jährlichen Zins von 25 Kronen zu bezahlen und demselben und dem Geistlichen gestattete, zu ihren Gunsten einen Teil der Allmend einzuschlagen [1]). Im Jahre 1635 kam die Unzufriedenheit zum Ausbruch. Die Jauner beschlossen, sich auf ihr vermeintlich gutes Recht stützend, die Zinsen und Löber nicht mehr zu bezahlen [2]). Der Freiburger Rat ließ durch den Landvogt die empörte Gemeinde versammeln und forderte dieselbe auf, ihre Ansprüche und Reklamationen vorzubringen. Die Jauner antworteten schriftlich am 18. November 1635, sie hätten einige alte Urkunden [3]) gefunden, gemäß welchen sie völlig frei und unabhängig seien und nichts zu bezahlen

---

[1]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, n° 19 (28 mai 1604); Kuenlin l. c. III, p. 123.

[2]) Etrennes fribourgeoises 1808, p. 139 ff; Kuenlin l. c. III, p. 123 ff; Berchtold, Histoire du canton de Fribourg, II, p. 332—33.

[3]) Gemeint sind die Urkunden von 1367 und 1395, durch welche die Landleute von Jaun von der todten Hand befreit werden.

brauchten, und durch welche ihnen von ihren früheren Herren Freiheiten zugesichert worden seien, welche ihnen jetzt durch den Rat entzogen würden. Die Urkunden selbst wollen sie, wie es der Rat verlangte, nicht aus der Landschaft herausgeben, man möchte in Jaun selber die Schriften untersuchen lassen. Unterdessen schickten die Jauner Abgeordnete nach Sitten, um dort die Urkunden, welche schwer leserlich sind, abschreiben zu lassen; die gemachte Abschrift wurde vom Bischof von Sitten legalisirt [1]). Auf Grund dieser mißverstandenen Urkunden wurde von den Unzufriedenen die Bewegung geschürt, welche drohte in einen Aufruhr auszuarten. Dem Freiburger Rat war es nicht schwer, auf Grund einer Abschrift der angezogenen Urkunden, die Haltlosigkeit der Ansprüche der Vogtei Jaun darzuthun, und seine Antwort wurde am 16. Dezember 1635 vor der Landsgemeinde verlesen. Die Jauner ließen sich nicht überzeugen und beschloßen, ungeachtet der Vorstellungen und der Bitten des Statthalters Moser und des Pfarrers Joh. Fridolin Genter, mit 58 gegen 56 Stimmen, ihre Ansprüche weiter zu verfolgen und dieselbe vor die Abgeordneten der Stadt Freiburg, vor die katholischen Kantone oder vor die Tagsatzung nach Baden zu bringen. Da der Rat von Freiburg sah, daß seine Milde nichts fruchtete, ließ er mit bewaffneter Macht ungefähr 30 Rädelsführer in Jaun gefangen nehmen und nach Freiburg in den Turm Jacquemar verbringen. Im Februar 1636 werden die Angeklagten vor Gericht gestellt [2]); im folgenden Monat wurde das Urteil gesprochen: Die zwei Hauptschuldigen, der neue und alte Kirchmeyer, Peter und Christian Buchs, wurden zum Tode verurteilt, aber auf die flehentlichen und rührenden Bitten ihrer Frauen, welche versprachen, für ihre Männer körperlich zu haften und sich für ihre Treue und Anhänglichkeit an die hohe Obrigkeit zu verbürgen und auch ihre Kindern Gehorsam und Unterwürfigkeit zu lehren, vom großen Rat begnadigt; die Todesstrafe wurde in Verbannung umgewandelt (4. Mai 1636). Die übrigen Angeklagten kamen mit größeren oder kleineren Geldstrafen davon. Der Rat ließ auch ferner-

---

[1]) Landtrog Jaun. Abschrift vom Jahre 1635.

[2]) Das Nähere über den Prozeß in Titres de Bellegarde, n° 28 (1636).

hin noch Milde walten, indem er ungeachtet der Strafen und Urteile, welche über Angehörige der Vogtei Jaun ergangen waren, die Landschaft im Genuß der Allmende beließ [1]).

Drittes Kapitel.

Die Allmendordnung der Landschaft Jaun bis Anfang des 18. Jahrhunderts.

Unter Allmend oder gemeiner Mark versteht man das ungeteilt gebliebene Wald- und Weideland, die gemeinen Gewässer und Brunnen, Steinbrüche, Lehm- und Sandgruben u. s. w. Nach älterem schweizerischen Sprachgebrauch wird unter Allmend, im Gegensatz zum Sondereigen und zum Erbe, der aus der alten Mark- Dorf- und Hofverfassung stammende, nicht aufgeteilte Rest der Gemeinmark verstanden, der sich heute entweder im Eigentum von aus den Rechtsnachfolgern der früheren Mark- Dorf- oder Hofgenossen bestehenden Bürger resp. Einwohnergemeinden oder sonstigen öffentlichen Korporationen befindet, so weit er ausschließlich oder doch vorzugsweise von den berechtigten Genossen genutzt und entweder gar nicht oder nur nebenbei zur Befriedigung von Gemeindebedürfnissen verwendet wird [2]).

Ueber die früheste Art und Weise der Allmendbenutzung in Jaun, ob die Ansäßigen Anteil an der gemeinen Mark nach bestimmten Regeln, wie das später der Fall ist, oder jeder nach seinem Bedürfnisse hatte, wissen wir nichts. Daß aber die Allmend in der ältesten wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der Landschaft Jaun eine große Bedeutung hatte, ergibt sich schon aus dem Umfang derselben. Das Sondereigen scheint sich neben der Allmend in Jaun schon ziemlich früh entwickelt zu haben; denn die älteste Redaktion des Landrechts enthält, und zwar an erster Stelle, eine Bestimmung, welche sich auf Beilegung von Streitigkeiten

---

[1]) Ratserkanntnussenbücher, Bd. 27, fol. 279, (7. Mai 1636).

[2]) V. Miaskowski, Die schweizerische Allmend in ihrer geschichtlichen Entwicklung vom XIII. Jahrhundert bis zur Gegenwart (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen herausg. von G. Schmoller, II. Heft, 4, p. 1).

zwischen Benützern der Allmend in Bezug auf die gemeine Weidfahrt und andern in Jaun begüterten, seien es Einwohner oder Fremde, bezieht.

Diese Bestimmung enthält zugleich die älteste Verordnung über die Allmend und besagt, daß, wenn sich wegen der Abgrenzung der Allmend vom Sondereigen zwischen Landleuten von Jaun Streitigkeiten erheben, so sollen zwei oder drei Landleute den Streit beilegen; ist aber ein Fremder, in Jaun begüterter dabei beteiligt, so sind fremde Schiedsrichter herbeizuziehen. Im Jahre 1510 wird vom Freiburger Rat den Landleuten von Jaun anheimgestellt, die Fremden, welche sich mit Erlaubniß des Rates in Jaun niederlassen, an der Allmend teilnehmen zu lassen oder nicht. Kurz darauf (1512) wurde vom Rat von Freiburg beschlossen, daß diejenigen in Jaun begüterten Fremden, welche auch zur Tragung der allgemeinen Kosten herangezogen werden, „mit bescheidenheit und zimlich“ an der Allmend teilnehmen können. Durch die neue Kodifizierung des Landrechts im Jahre 1560 wurden die früheren Bestimmungen desselben in Bezug auf die Allmend bestätigt.

Im Jahre 1576 gelangte die Landschaft Jaun, unter Vorlegung des Landbriefes an den Rat von Freiburg, mit der Bitte [1]), „das der Rat darinnen eine gütige verbessrung in dem artikel betreffend die bezügnuss und erwarung irer almenden wider die usslendigen, so güter in der landschaft Joun besitzend, thun lassen welte, und besonder nachlassen, das wan spän und stöss sich wurden zutragen zwischen der landschaft und sonderbaren personen, so wie als im land güter inhaben und an die almend stossend, von wegen der almend und gemeinen weidfart, ein erbarkeit der alten landlüten, die im land gesessen weren, darumb bezügen möge, uss der ursach das, wo es nit geschehe, nit wol möglich wer, ir alminen und gemeine weidfarten zu erhalten, so solliche nit durch die inwoner, so frumb, erlich, unverlümbdet lütt weren, nit möcht bezügt werden“, in anderen Worten, die Landschaft verlangt, daß bei Streitigkeiten bezüglich der Allmend zwischen der

[1]) Landtrog Jaun: Urkunde vom 10. Mai 1576.

Landschaft und dort begüterter Fremden das Schiedsgericht aus Bewohnern der Landschaft bestellt werden solle. Der Rat schließt sich im wesentlich der Auffassung der Petenten an und entscheidet „sovil der artikel der zügnuss der almenden betrifft, das, wan ein sonderbarer, uss der landschaft Joun gesesser sich nit siner marchen benügt, sonders uff die gemeine alm gryfft, ein gemeine landschaft ine darumb fürnemen und die erbaristen alten, so umb die wüssen, daruf füren und die march absechen lassen möge. Und so die, ouch das gricht by iren eiden sechen mögen, das er überfaren sye, ine heissen hinder sich rucken, oder so ers nit gütlich tun welt, mit urteil und recht dahin wysen, und so derselbig nit kan erwysen mit gloubwürdigen zügen, das er kein übergriff der marchen gethan, sonder das sin stuck biss an das ort und march, so er ine zugeeignet gange, soll er vellig erkent werden. Und so er sich der urteil nit benügt, mag er dieselb für uns appelieren, alldann uns vorbehaltend, uns an die, so zu zügen durch die landschaft und den widersecher gestellt werden, der warheit zu erkundigen, und was billich und recht sin wirt, darüber zu sprechen. Damit aber sollich spänig sachen und marchen vermitten blyben, ist unser will, das genannt unser ersam landlütt von Joun verschaffen sollind, das ire alminen gegen den güttern, allerding nach billichkeit und nachsag der alten, so im land und anderswo sitzen, doch one betrug und vorteil allenthalben gemarchet werdind, wo sie nit gemarchet sind. Sunst lassen wir denselben artikel der landlüten zugnusshalb by sinem inhalt blyben.“

Gemäß obigem Urteil des Rates lag die Befugniß, die erwähnten Streitigkeiten zu schlichten, bei der Landschaft in dem Sinne, daß das Landgericht herbeigezogen werden mußte und den Parteien das Rekursrecht an den Freiburger Rat zugesichert werde. Wir erfahren ferner, daß eine vollständige Abgrenzung der Allmend dem Sondereigen gegenüber im Jahre 1576 noch nicht vollständig durchgeführt war, was dann auch oft zu den erwähnten Streitigkeiten führte; eine solche sollte nun, laut Ratsbefehl, durchgeführt werden.

Eine schriftlich fixierte Allmendordnung kam erst im Jahre

1629 zu Stande; dieselbe wurde von der Landschaft Jaun am 17. April aufgestellt [1]:

Ordnungen wegen besatzung der almend in der vogty Jaun vor einer ganzen gemeind den 17. Aprellen 1629 abgangen:

Zum ersten, so ist von der ganzen gemeind mit mehrer hand angenommen und bestätiget worden, dass in einem jedem dritten theil einer jeden fürstatt für zwo khüe sommerte zwentzig wuchen lang im gemeinen khüeberg erfolgen solle, ehrbarlich und in anderen gemeinen bergen brüchlich, was er aber witer vech hat und winteren mag als die zwo khüe, mag er dasselbig in die gustialmend triben, jedoch nit mehr, als ein bruchross und noch für zwo khüe gustvech, hat er wyter vech, so im land gewintert worden, so muss er von anderen die weid empfachen und dingen.

Zum anderen welche nüt winteren mögen, sollen im gemeinen khüeberg für zwo khüe besetzen mögen, sofern dass es rindervech syend und im land gewintret worden, und nicht nach der liechtmäss in das land kouft worden sye, sonst gemeinlich mag man kein frömbd vech uff die almend tryben. Demnach diejenigen, so nit allein kein vech wintern mögend und ouch dieselbige ihre verordnete zwey rinderweid einem landmann zu verlychen nit find, derselbig mag zwo melchkhüe daruf tryben, wo er dieselbige bekommen mag, sye im land oder usserthalb.

Wofern aber derselbig syne zwey rinderweid weder besetzen noch im land verlychen mochte, dem gibt man uss dem landseckel sechs kronen, und mag derselbig in der gustvechalmend kein wyter ansprach haben. Wellicher aber im khüeberg syn weid verlicht, der soll im gustvechberg nüt besetzen mögen als das ross, wan ers hat und gewintret hat.

Belangend die wittfrouwen, sollend dieselbigen, wyll sie in allen anderen beschwärden nit so wyt als die männer verpflichtet, anstatt dass andere arme für zwo khüe besetzend,

---

[1]) Freib. Staatsarchiv: Titres de Bellegarde, n° 27; Landtrog Jaun: Urkunde von 1629 betreffend die Besetzung der Allmend.

nur für ein khüe tryben mögen, wan sie keine kinder haben. Wan sie aber kinder haben, mögen sie ouch wie andere arme lüt für zwo khüe uftriben, vorbehalten diejenigen wittwyber, so ouch vil winteren mögend, sollen dieselbigen gehalten werden wie andere obgemelte, das ist im khüeberg für zwo khüe, im rinderberg für zwo khüe und ein bruchross.

Demnach ist geordnet, dass ein jeder landmann nach dem er uftrybt und nutzget uff der allmend, von einem jeden rinderweid ein tagwan rüten, süberen und werken solle zu erhaltung der gemeinen allmend. Welliche aber demselben nit nachgan und gehorsamen wollte, der soll für dasselbig jar von jedem tag sechs batzen erlegen. Wan er aber diesem ab mehr nit nachkomen worden, der soll für dasselbig jar die nutzung siner weid verloren haben.

Betreffend die rieder, hat ein jeder landmann gwalt in gestrüpen und ungesüberten öden orten usszurüten und zu rieden. Dasselbig mag er nutzen vier jar lang, nachdem soll das ried zu der allmend gesüberet widerumb ussgeschlagen werden.

Zu mehrer barmherzigkeit, wan arme syend, so kein erdrich habend, mögend dieselbigen ein ehrbarlichen krutgargarten und bünden nach irer gelegenheit uff der allmend uszunen und nutzen, so lang sie desselbigen mangelbar sind und nit für ir eigend.

Diese Allmendordnung wurde dem Rate von Freiburg vorgelegt, welche dieselbe am 15. März 1635 unter dem Vorbehalt bestätigte [1]), daß, wenn die Armen von Jaun davon nicht befriedigt wären und dagegen etwas einwenden wollten, sie ihre Beschwerde innerhalb einer bestimmten Frist vorbringen sollen; nach Ablauf dieser Frist trete die Ordnung in Kraft.

Im Jahre 1576 hatte der Rat von Freiburg, zur Vermeidung von Zwist und Streitigkeiten in Bezug auf die Benützung der Allmend, den Befehl gegeben, die Marchung der Allmend, wo das noch nicht geschehen sei, einzuführen. Diesem Befehl wurde nicht Folge geleistet, denn im Jahre 1637 teilt der Landvogt

---

[1]) Landtrog von Jaun: Urkunde vom 15. März 1635.

dem Freiburger Rat mit [1]), daß sich die Landleute von Jaun weigern, die Zinsgüter in Schläg, Weiden und Allmend zu bringen und mit guten Marchsteinen unterscheiden zu lassen. Nach Anhörung der Gemeinde entscheidet der Rat, daß Jaun sich nicht weigern solle, das zu thun, was zur Erhaltung des Rechtes und zur Vermeidung von Streitigkeiten dienen kann und verordnet, daß von zwanzig zu zwanzig Schritt ein Marchstein zu setzen sei. Die Gemeinde wendet dagegen ein, daß die Ausführung dieses obrigkeitlichen Befehls mit allzugroßen Kosten verbunden sei und bittet den Rat, die Gemeinde damit zu verschonen, um ihr nicht große Ausgaben zu verursachen. Der Rat änderte darauf seine Verordnung dahin ab, daß die Steine nur von fünfzig zu fünfzig Schritt gesetzt werden sollen [2]).

Im Jahre 1643 gelangte die Landschaft Jaun wieder in Sachen der Allmend an den Rat [3]). Sie beriefen sich auf die Allmendordnung vom Jahre 1629, welche 1635 genehmigt worden sei und auch jedem als Richtschnur diene; „es syend aber etliche, die understandend darwider zu handlen, sowol wybs- als manspersonen, die nit husshäblich sind, dannoch weiden uff gemelten almenden andern hinlychend, wie ouch andere die nur etwas zytt, etliche wol gar nit im land wohnend, denne wo zwen brüder mit einander in einer husshaltung sitzend, ouch wo ein mutter mit ihren kindern husshaltet, das nur ein husshaltung ist, die wollend dopplet die allmend laden. So aber wider den inhalt bestätigter obberürter ordnungen directe sye und streite, dardurch wurdend die husshäbliche landlüt höchlich beschwärt und vervortheilt werden, desswegen sie uns umb abschaffung sollicher missbrüchen undertänigest gebeten. Zum anderen ihnen ouch gnädig und väterlich verhilflich zu syn, dass ihre nachburen, so nit landlüt zu Joun sind, von dem holtzhouw abgehalten werdend, den sie in ihren gemeinen höltzern und wäldern, ohn ihr vorwüssen und bewilligung, sowohl in fellung buw- als brenholtzes fürnemend und also ihnen grossen schaden zufügend.“

---

[1]) Ratserkanntnussenbücher, Bd. 27, fol. 340 a.

[2]) Titres de Bellegarde, n° 29 (1. Oktober 1637).

[3]) Ratserkanntnussenbücher, Bd. 28, fol. 276—78.

Diese Eingabe der Landschaft Jaun erfolgte am 6. Februar 1643. Der Rat beauftragte eine Kommission, die Eingabe zu prüfen und darüber zu referiren. Auf Grund des eingelaufenen Gutachtens fällte der Rat, am 29. Mai 1643, in der Angelegenheit folgendes Urteil [1]):

„Erstlich betreffend die almend usstrybung oder ladung derselben, solle es gäntzlichen by berürten bestätigten ordnungen des 1635 jahrs verblyben und dergestalt syn bewantnuss haben, und andrist nit gebrucht werdend. Und welcher oder welche darwider handlen, und über den inhalt diser ordnungen die allmenden beladen wurde, der oder die sollend und werdend durch unsern amptsmann per stück, so zu vihl geladen wäre worden, umb dryssig pfund bussfellig syn. Zum anderen umb die holtzfellung in den gemeinen wälderen diser landschaft, derjenigen, die darzu kein recht habend, solle ein jeder per stück um zechen pfund bussfellig syn, halb durch unsern amptsman und halb durch die landschaft zu bezüchen, die möge dannoch das gefelt stuck an sich bringen und behalten, wo es noch in der landschaft zu finden. In alleweg soll sowol unser burger und ander, so hinder Jaun was bergen besitzend, ir alt und hargebracht recht, so sie haben möchtend, vorbehalten syn.“

Mit diesem Entscheid, welcher eine Bestätigung der früheren Allmendordnung enthält, war letztere bis Anfang des 18. Jahrhunderts festgesetzt. Wiederum waren es Mißstände in der Benutzung der Allmend, welche am 9. März 1700 die Vogtei Jaun vor den Rat in Freiburg führte. Die Landleute beklagten sich [2]), daß durch die zahlreichen Teilungen der Haushaltungen, die Besatzungen auf der Allmend sehr vermehrt werden, weil die ledigen Manns- und Weibspersonen doppelten Anteil an der Allmend haben wollen, wodurch die Haushaltungen auf dem gemeinen Kuhberg für zwanzig Wochen Weide gar zu kurz kommen. Da dieser Punkt in der Allmendordnung nicht genügend erörtert sei, so bittet das Landgericht und die Landsgemeinde den Rat, über diesen Punkt der Billigkeit nach zu entscheiden. Die Peten-

---

[1]) Landtrog Jaun: Urkunde vom 29. Mai 1643.

[2]) Landtrog Jaun: Urkunde vom 9. März 1700.

ten machen geltend, daß ledige Personen, welche zusammenwohnen, nicht die Unkosten in der Haushaltung haben, wie die Familien, welche mit Kindern gesegnet sind. Dazu kommt, daß die ledigen Weibspersonen nicht dieselben Lasten, Waffen- und Frohndienst u. s. w. zu tragen haben, wie die Männer, ja sogar dazu untauglich sind. Deshalb erachten die Petenten, daß Rechte und Pflichten ungleich verteilt seien und bitten den Rat, die vorgetragene Angelegenheit zu untersuchen und darüber zu entscheiden.

Der Rat übergab des Gesuch einer Kommission mit der Weisung, dasselbe gründlich zu untersuchen und darüber zu referiren. Am 10. März 1700 erfolgte in der Angelegenheit das Urteil, und der Rat erließ darüber folgendes Reglement [1]):

Wir Schultheiss und Rat der Statt Fryburg thuend kund hiemit männiglichen, das vor uns den 9. Mertzen 1700 jahrs erschinen seind die ehrsamme unsere insonders getrüwe liebe underthanen, verordnete im namen eines ehrsammen gerichts und fromme landgemein, der vogty und landtschaft Jaun, welche durch ihren lieben sekelmeister Jacob Bucquet in gegenwart und bystands der ehrsammen Martin Boschon statthaltern daselbsten, undt des landschrybers Michel Mosers underthänig representiert, wie zwar hievor den 17. Aprilis 1629 ein ordnung und reglement wegen beladung der almenden in der vogty Jaun angesehen und hochoberkeitlich bestättiget worden, den 15. Mertzen 1635 signiert Hans Peter Odet, wie auch noch nachwerths den 29. May 1643, signiert Georg Peter von Montenach, wie mit mehreren in denselben zu sehen, angesehen worden, und aber seithäro etwelche incidenten eingefallen, welche in selbigen obgemeldten ansehen nit zu finden, als benamblichen wegen vilfältigen vertheilungen der hushaltungen, durch welche die beladung der almenden sehr vermehret und vergröseret worden, indemme die leedige mans- und wybspersonen äbensowohl dopplet zu laden begehren, als diejenige, welche in grossen hushaltungen stehen, gestalten uff dem gemeinen khüeberg, so für 20 wochen lang mit der grassung nit bestohen können,

---

[1]) Ratserkanntnussenbücher, Bd. 30, fol. 354 ff.

die ledige wybspersonen sonderlich, welche weder zug, noch wacht, auch im fahl der noth zu den wöhren und waffen untüchtig, auch in ernüwrung und süberung der almenden, erhaltung stäg und weg, wie gleichfals die landstrassen und offentlichen dienstbarkheiten nit so vil beschwärt, wie andere, wie solches alles der länge nach uns vorkomen. Als habend wir unsere algeliebte miträth zur hinlegung diser beschwerden geordnet, benamblichen die wohledle H. Zügmeister Hans Peter von Boccard, Herr zuo Grangettes, H. Frantz Niclaus Von der Weidt sambt H. Josten Jgnatium Progin, jetzigen landvogten zu Jaun, auch nachwerts ihre befinden darüber aufzusetzen, welche sich heit dem 10. Martii 1700 zusammengethan, und gesprochen, das in bestätigung vorgehenden ordnungen und ansehen, es denselben in allem nachgelebt werden solle von den inwohneren daselbsten der herschafft Jaun:

Und ersten sollen die ledige töchter nur für ein khue der almend und begrasung geniessen, so aber zwey oder mehr ledige töchter zusammen wärend, sollen sie für zwo khüe auf dem almend tryben mögen.

Wan aber ein landsäss, jahr und tag aus dem land verbleibt, als welcher weder zug, noch wacht, noch andere offentliche dienst im land leistet, der soll nichts uff der almend für das jahr, so er ausbleibet, trüben mögen.

Diejenige landsässen aber, welche nur ein monat im land bleiben, nachwerths die übrige zeit des jahrs uss dem land bliben, sollen nur für ein khue laden mögen.

Diejenige aber, so drey oder vier monaten im land, die übrige zeit aber des jahrs uss dem land bliben, dieselbe werden auch für zwo khüe laden mögen, jedoch in dem verstand, das sie ihr antheil der gemeinen beschwerden helfen abstatten.

Und so jemand, reich oder arm, etwas wider disses wohlmeinliches ansähen, so offentlichen zu eines jedessen wüssen zu verlesen, und kund zu thun sein soll, sich beschwärd halten, auch etwas erhebliches darwider einzureden hätte, hat er termin bis acht tag nach ostern, solche seine

beschwärden uns zu hinderbringen, wo aber bis dan kheiner derselben landschaft demselben ansehen sich zu widersetzen hätte, soll obgedachts ansehen seinen bestand haben, und als ein zusatz denen hievorigen reglementen und ordnungen beygefüegt und zugesetzt werden, kraft haben wie andere articlen, so im vorigen ansehen begriffen, darbey es sein bewandnus haben wurde, so lang es uns gefällig, dessen zu mehrer bekräftigung habend wir dissen zusatz mit unserem secret insigel bekräftigen lassen. Actum den 10. Mertzen disses abermahlen jahrs 1700.

Dieses Reglement ist als ein Zusatz zur früheren Allmendordnung zu betrachten und regelt die angezogene Frage dahin, daß eine ledige Tochter eine Kuh, zwei oder mehr ledige Töchter zwei Kühe auf die Allmend zu treiben berechtigt sind. Wenn ein Einwohner von Jaun ein Jahr außerhalb der Landschaft zubringt und während dieser Zeit die allgemeinen Lasten nicht trägt, hat er für diese Zeit keinen Anteil an der Allmend. Wer nur ein Monat im Land bleibt und die übrige Zeit außerhalb der Landschaft zubringt, kann nur eine Kuh auf die Allmend treiben; diejenigen, welche im Jahr drei oder vier Monate in der Landschaft zubringen, können zwei Kühe auf die Allmend treiben, vorausgesetzt, daß sie die allgemeinen Lasten tragen helfen.

Daß diese Allmendordnung nicht eine dauernde Lösung der für die Landschaft Jaun so wichtigen wirtschaftlichen Frage herbeiführen konnte, werden wir im folgenden Kapitel ersehen.

Viertes Kapitel.

Das Landrecht und die Allmendordnung von Jaun im 18. Jahrhundert

Nach der definitiven Fassung des Landrechts und der Gerichtsordnung in den Jahren 1560 und 1576, war die Entwicklung des Landrechts für länger als ein Jahrhundert, bis Anfang des 18. Jahrhunderts, abgeschlossen. Erwähnen wollen wir nur noch, daß in der Zwischenzeit die Landschaft Jaun das Marktrecht

erhielt [1]). Im Jahre 1625 wird der Landschaft gestattet, einen Wochenmarkt nach ihrem Gutdünken abzuhalten [2]). Aus einem Bericht vom Jahre 1643 [3]) ersehen wir, daß in Jaun zwei Jahrmärkte abgehalten wurden; bei dieser Gelegenheit erfahren wir, wie die Marktpolizei gehandhabt wurde: „dadan etliche bestelt werdend mit ihren wöhren und waffen in unserem namen und unseres respect wegen umbzuzüchen, allen unfug, so by ein solcher volksversamblung angefangen werden möchtend, vorzukommen und selbige zu gestillen.“ Für diese Mühewaltung erhielt die Marktpolizei 4 Kronen, eine Summe, welche nach Meinung der Jauner ungenügend sei, bei dieser teueren Zeit die Beköstigung zu bestreiten; sie bitten deshalb den Rat, diese Summe zu erhöhen, was denn auch bis zu 6 Kronen bewilligt wurde.

Die Anregung zu einer neuen Revision des Landrechts ging von der Landschaft selbst aus. Am 14. Dezember 1713 [4]) ersuchte letztere den Rat um Einsetzung einer Kommission „zu erdurung und übersechung irer alten statuten“ mit der Bitte, dieselben zu erneuern und nochmals schriftlich aufsetzen zu lassen. Der Rat setzt eine Kommission ein mit der Weisung, das Landrecht genau und gründlich zu examinieren und darüber zu referieren. Die Kommission scheint sich nicht allzu sehr beeilt zu haben; am 14. November 1714 [5]) tritt dieselbe „nochmahlen zusammen, um demnach ihre relation allhie zu erstatten.“

Dies geschah am 16. November 1714. Der Ratsbericht sagt darüber, daß die Partikular-Ordnungen und Statuten von Jaun plaudiert und bestätigt worden sind, wie sie in dem Ratserkanntnußbuch eingeschrieben und einverleibt sein werden, so lang es die gnädigen Herren gutfinden oder ihnen keine widrige Bedenken vorkommen werden, und wie das auszufertigende Schriftstück ausweisen wird [6]).

---

[1]) S. Ratsmanual vom 27. November, 9. Dezember 1594, 15. September 1595.

[2]) Ratserkanntnussenbücher 1625, (6. März) fol. 331.

[3]) Ratserkanntnussenbücher, Bd. 28, fol. 277.

[4]) Ratsmanual vom 14. Dezember 1713, fol. 667.

[5]) Ratsmanual vom 14. November 1714, fol. 520.

[6]) Ratsmanual vom 16. November 1714, fol. 526.

Ob das Schriftstück ausgefertigt wurde, ist zweifelhaft; jedenfalls findet sich dasselbe nicht im Ratserkanntnußbuch. Dazu kommt, daß im Jahre 1732 die Landschaft Jaun den Rat von Freiburg bittet, „ein neülo angesehenes reglement wegen der schuldbejagung, pfändung und landrechten hinter der landschaft zu bestätigen,“ was vielleicht auf das in Aussicht gestellte Reglement von 1714 bezogen werden kann. Laut Ratsmanual [2]) wurde im Jahre 1732 das verlangte Reglement bestätigt; es wird wiederum auf das Ratserkanntnußbuch verwiesen mit der Erläuterung, daß das genannte Reglement in duplo verfertigt werden soll, eins für den Vogt von Jaun, das andere für die Landleute von Jaun. Von diesem Reglement ließ sich kein Exemplar auffinden, weder im Staatsarchiv Freiburg, noch im Landarchiv zu Jaun, so daß die begründete Vermutung sich aufdrängt, das Reglement sei im Jahre 1732 überhaupt nicht publiciert worden. Dagegen fällt eine neue Revision des Landrechts, wie wir weiter unten sehen werden, in das Jahr 1775.

Wie das Landrecht, so konnte auch die Allmendordnung auf die Dauer nicht allen berechtigten Forderungen gerecht werden. In letzterer Beziehung waren es speziell die Mißbräuche, die sich bei der Benützung der Allmend eingeschlichen hatten, und welche besonders die Armen, ungeachtet der Bestimmungen der Allmendordnung, in der Landschaft Jaun nicht zu ihrem Recht kommen ließen. Um in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen, wurden verschiedene Mittel angewendet [3]). Einen Erfolg konnte man sich aber nur dann versprechen, wenn auf Abstellung der Mißbräuche durch eine Revision und strenge Durchführung der Allmendordnung Bedacht genommen wurde. Diese Aufgabe hatten sich mehrere Landvögte von Jaun gesetzt, welche dann im Jahre 1753 durch den Landvogt Moritz Rämy, unter Gutheißung des Rates, durchgeführt wurde.

Zu diesem Zwecke reichte der besagte Landvogt am 28. Februar 1753 dem Rat folgende revidierte Allmendordnung ein [4]):

---

[1]) Ratsmanual vom 18. Februar 1732, fol. 78.

[2]) 18. Februar 1732.

[3]) Registre notarial, n° 1119, fol. 18, (9. Juni 1748).

[4]) Mandatenbücher VIII, fol. 126—129 a.

1°) Weil diese unsere anordnung houbtsächlich auf diejenige angesechen, welche während dem sommer ganze heerde schafen zum gewerb einkaufen und selbe ohne niemanden begruessung auf die allmende treiben, wodurch diese mit grossem nachtheil aller übrigen landleute überladen werde, also ist hierdurch einem jedem ernstlich verboten, kein einzig stück schaf, so er nit wird selbst überwinteret, sondern erkouft haben, und so er zum gewerb oder verkoufen destiniert, auf die allmend zu setzen, by zehen batzen per jedes stuck unnachlässlicher buss, darvon der halbe teil uns dem amtmann, namens der gnädigen obrigkeit, als eine billiche straf der übertretung des amtlichen verbots, von den übrigen fünf batzen wird der halbe teil, namblichen 10 creutzer dem landseckel zu einer entschädnuss und der andere halbe teil dem anträger für seine belohnung zu teil werden. Jedannoch wollen wir gar nicht vermeint noch verstanden haben jene, welche das eint oder das andere schaf zu ihrem eigenen gebrauch und notdurft und keineswegs zum gewerb und verkauf erkoufen und auf die allmend nach vorhör ermahnten allmendvogt setzen, so lang namblichen solches ohne missbruch wird geschehen und uns von einem ehrsamen gericht oder gemeind keine darwidrige bedenken werden vorgestellt werden.

2°) Soll dem schon lang angesechnen allmend-reglement allerdings genau nachgelebet werden, bei peen der in demselben enthaltenen buessen.

3°) Soll keiner kein einziges stuck vieh, welcher gattung es sye, auf die allmend setzen von dem entweders in erstvermelten reglement schon bestimbten, oder sonst durch ein ehrsames gericht und gemeind bestimmenden tag bei sechs pfunden buss, welche, wie oben, werden geteilt werden.

4°) Desgleichen und bey erst vermelter straf soll ein jeder vor ladung der allmende dem allmend-vogt das vieh angeben, was er laden wird, damit obgenannter allmend-vogt ersehen möge, ob niemand mehr lade, als ihm gebührt, darein soll er solches schriftlichen aufbehalten.

5°) Alle denen es von amtswegen obliget, insonderheit aber die jewesende allmendvogt werden auf die exekution gegen-

wärtigen befehls eine genaue obsicht tragen und dessen übertreter, ohne niemanden verschonung, fleissig angeben, auch alle übrigen in ansehen der allmenden ihnen ansonsten obligende pflichten gebräuchlich erfüllen bey peen falls negligents selbst darum ersucht, ja auch in diese straf gezogen zu werden.

6° Endlichen seynd ein wohlbestelltes gericht und eine ganze gemeind, ja ein jeder treu gestimbter und den nutzen seines vaterlands liebender landsmann hierdurch ermahnt, sich über dise sach wohl zu berathen und derentwegen sich darüber ehistens zu versamblen, um zu erdauren, was sie selbst hierin falls das beste und dem land das nützlichste zu sein erachten wurden, und was dieselbe erfinden werden, das zu guten der landschaft und hierin fälliger besserer einrichtung fürträglich sein könnte, das sollen sie uns anzeigen, damit falls gutbefindens solches unserer gegenwärtigen anordnung könne beigesetzt, ja sogar dieselbe auch, wan es die umbstände erforderen, in etwas erheiteret oder modificiert werded. Entzwischen aber und bis auf ein expresse und publicierte revocation soll dises unseres mandat walten, und zu jeder männiglichen wüssen und verhalt, wo gebührt und wie gewohnt, publiciert werden. Actum zu Freyburg den 28. Hornung 1753.

Die Allmendordnung wurde am 10. Juli 1753 von dem Freiburger Rat bestätigt [1]) als ein beständiges Reglement für die Landschaft Jaun.

Doch damit kam die Angelegenheit nicht zur Ruhe; der Streit zwischen den Gemeindeangehörigen von Jaun über die Allmendbenutzung dauerte fort. Eine neue Kommission wurde eingesetzt mit dem Auftrag, über die Allmendbenutzung in Jaun sich zu beraten und Mittel zu finden, die Mißbräuche abzustellen. Am 6. Februar 1765 reichte die bestellte Kommission ihr ausgearbeitetes Reglement dem Rate von Freiburg ein [2]):

Vorgeschlagene einrichtung zur verbessrung der gemeinen güettern in der landschaft Jaun und mit mehrerer gleichheit künftighin thuender benutzung derselben.

---

[1]) Mandatenbücher, VIII, fol. 129 a.

[2]) Staatsarchiv Freiburg: Commissionenbuch, n° 22, fol. 29b—30.

Erstlich in denen gemeinen küheberg oder inneren allmend wird laut landrechten einem jeden, wie vor disem erlaubt seyn, seine weidrechten selbsten zu besetzen oder dieselbe wegzulichen

Zweitens in der äusseren oder gustialmend soll einem jeden hushalter freistehen, ein kühe und ein pferd, wie die landrechten vermögen, zu treiben, keineswegs aber solche weidrechten wegzulichen.

Drittens hingegen aber werden jene, die keine kühe besetzen wollen, eine halbe jucherten, die aber weder kühe noch pferd auf diese allmenden treiben, eine ganze jucherten ungesäubertes land einschlagen und lebenlänglich, seye es in so lang sie die allmenden nicht, wie vorgesagt, besetzen werden, nutzgen können, welche stücker jedoch vor einem ehrsamen gericht begehrt und von demselben abgesteckt, auch durch ein landschreiber in einem besonderen allmendbuch eingeschriben werden sollen, wohl verstanden, dass nach absterben eines haushalters solche stücker wieder zu allmend geschlagen, denen neuen haushalteren aber neue stücker, wo etwas zu erbessren wäre, nicht aber in steinigen und gar unfruchtbaren orten abgesteckt werden sollen.

Viertens das ersame gericht wird auch wie vor disem und laut landrechten denen, die nicht eigenes land und taugliches erdreich haben, ein genugsames stück am gelegenlichsten ort zu einrichtung einer bünde und garten abstecken lassen.

Fünftens solche einschlagende stücker söllen für die gemeinen kosten nicht getället, auf die pferden und kühe hingegen auch nicht mehrers als bis dahin aufgelegt werden.

Sechstens in ansehen der schafen auf dem schafberg, wird ein jeder so vil treiben können, als ihme gefallen und er selbsten haben wird, auf der ussern allmend hingegen ist die anzahl derselben zu zehen für jede hushaltung bestimt in dem verstand, dass einem jeden erlaubt seye, sein recht anderen landsleuten wegzulichen um zwey batzen per schaf, und sollen solche schäf unter der ruten eines hirten stets sein. Welches alles von der wolbestellten kommission der

allmenden vorgeschlagen und von gesamten ausgeschossenen angenommen worden, hochobrigkeitliche ratification vorbehalten. Actum den 6. Februar 1765.

Diese neue Ordnung wurde am 8. Februar 1765 vom Freiburger Rate inhaltlich bestätigt [1]). Dieselbe soll nach Ratsbeschluß als ein annexum und eine Erläuterung des Landrechts, jedoch ohne Abbruch desselben, für die Zukunft angesehen werden.

Eine neue Revision der alten Statuten und des Landrechts von Jaun erfolgte auf Ansuchen der Landschaft im Jahre 1775. Diese beschlägt sowohl das Landrecht als die Allmendordnung und ist nicht als eine neue Ordnung, sondern als Zusätze und Ergänzungen zum Landrecht anzusehen. Der Text ist folgender [2]):

Wir Schultheiss und Rath der Stadt und Respublic Freyburg thun kund hiemit, dass auf unterthäniges vorbringen einer ehrsammen landsgemeind zu Jaun, wie dass dieselbe seit einigen jahren wahrgenohmen, dass die alte statuten, und das landrecht wegen enstandenen misbräuchen einige verbesserung und erleüterung zum nutzen des gantzen lands und absonderlich zum trost der armen erfordere, wir den hierüber von seiten der bemelten landschaft in schriften verfassten aufsatz des näheren untersuchen lassen, und auf die dahär aus anheut abgelegte relation gedachten entwurf zur beobachtung einer guter ordnung und policey gutgeheissen und bestättiget wie folget:

1° Dass ein jeder, so vorhabens ist, das gemeine recht zu nutzgen, schon drey monath vor der besatzung im land haussheblich wohnen solle, weilen die gemeine arbeiten vor der besatzung müssen verrichtet werden.

2° Weillen ein jeder gemeiner alle beschwärden zug und wacht lauth alten landrechten verrichten, auch ross, und haab, so er auf der ausseren oder gustyalmend besetzen will, die bestimte zeit lauth alten landrechten im land überwinteren soll, so ist jedanoch vorbehalten, dass ein jeder die freyheit haben soll, eine heimkuhe auf diese almend zu be-

---

[1]) Commissionenbuch, n° 22, fol. 30; Ratsmanual vom 8. Februar 1765.

[2]) Ratserkanntnussenbücher, Bd. 35, fol. 1 ff. (15. Juli 1775).

setzen, wann er schon solche nicht die bestimte zeit im land überwinteret hätte, hiemit solche dingen oder kaufen, zu welcher zeit ihne beliebt, solche sollen sich aber bey dem allment-vogt anmelden, bevor die gemeine arbeiten angehen und verrichtet werden, damit sie ihre schuldige arbeit verrichten; wurden sie sich aber vorhär nicht anmelden, und ihre schuldige arbeit bestimten tägen nicht verrichten, so sollen selbige nachwerths für das laufende jahr von diesem genuss aussgeschlossen seyn, und kein recht mehr haben diese almend zu besetzen.

3° Belangend das anpflantzen auf dieser almend, so ist für nützlich erachtet, dass denen nothdürftigen und mangelbahren bekanten armen und gemeinten, so nicht genugsamme mittel hätten, zu ihrer nahrung, sie seyen im armrodel eingeschriben oder nicht, gestattet seyn solle, an den gewohnlichen orthen zu sayen und anzupflantzen, so viel ihre nothdurft und zustand erforderet, sie sollen aber ins künftig sich bey dem gricht darum anmelden, damit ihnen der nöthige platz und bezirck verzeigt werde, fahls dann solchen jemand überschreiten wurde, so solle dem gricht zustehen, das mehrere wider zurück zu nehmen.

Das heüen aber in diesen einschlägen oder riederen soll ihnen gäntzlich abgestelt und verbotten seyn, weillen man an anderen orthen heuw machen kan.

4° Zum riederen oder säyen soll niemand erlaubt seyn, gemeinschaft mit anderen zu machen, weder heimlich noch offentlich, für die halbe frucht, oder einen gewisen theil darvon zu haben, zumahlen dardurch mercklichen betrug geschehen.

5° Diejenige so auf vorbeschribenen fuss die almend nutzgen und etwan an ihren eigenthumlichen gutt anstosset, so sollen sie schuldig seyn, die almend alle zeit mit einem zaun von ihren eigenden erdreich deutlich gesönderet zu halten, es solle ihnen zugleich gäntzlich verbotten seyn, solche stücker von der almend anderen zu übergeben, und wann sie hand änderen, so sollen sie widerum zur almend geschlagen werden.

6° Belangend die schäfen, so wird einem jeden hausshalter zwölf und ihre säuglämmer die gewonte zeit auf diese vorermelte aussere almend zu treiben verwilliget seyn; in dem schaafberg aber wird ein jeder treiben, so viel er es will, und wird ihme zugleich freystehen, solche schaaf, zu welcher zeit ihme beliebt, zu kaufen und anzuschaffen, sofern ihme selbige eigenthumlich zugehören, dieses weydrecht aber soll keineswegs anderen verlichen oder übergeben werden.

7° Betreffend die gewohnliche jährliche gemeine werck auf allen almenden wird ein jeder sich auf bestimten tägen fleissig einfinden und arbeiten; wurde aber jemand auf denen almenden nicht mitgehen, so soll er auf gleichen tag noch vor der arbeit dem almendvogt für jeden tag zwey piesslein alsobald erlegen, damit die arbeit durch andere könne verdinget und befürderet werden; eine andere bewandtnuss hat es aber mit dennen strassen und brüggen, alwo ein jeder schuldig ist, entweders persönlich zu erscheinen, oder eine andere anständige person an seinem platz zu stellen.

8° Fahls aber die einte oder andere hausshaltung mit vorgeschribener einrichtung, wegen der ausseren almend, nicht begnügen wurde, so wird ihra ein jucharten almend nach aussweisung hochoberkeitlicher einrichtung vom anno 1765 [1]) abgesteckt und abgemessen werden; es soll aber eine solche haushaltung in diesem fahl von dem genuss der äusseren almend aussgeschlossen seyn.

9° Soll kein ausserer oder fremder [2]) in der landsgemein auf- und angenohmen werden, der nicht mit authentischen zeügsamme seines ehrlichen härkommens und wohlverhaltens, wie auch mit bekant genugsammen mitlen versehen wäre, damit derselbe samt seiner allfähligen familie dem land nicht beschwärlich falle, sonderen im stand seye, zu arbeiten, und sich samt seinen angehörigen mit ehren zu ernehren, und durchzubringen und zugleich das recht haben, sich kraft hochoberkeitlichen reglements einkauffen zu mögen.

---

[1]) S. oben die Allmendordnung von 1765.

[2]) Eine Urkunde von 1760 betraf, laut Urkundenverzeichniß des Archivs von Jaun, die Stellung der Hintersaßen in Jaun. Die Urkunde war nicht mehr zu finden.

10° Dass kein landsfremder ohne vorwissen und naturalisation der hochen oberkeit als gemeiner solle angenohmen, sonderen auf seinem anhalten mit einem schein von der landsgemein in beschreibung seines zustands an hochermelte gnädige obrigkeit nach aussweisung des reglements wegen dennen naturalisationen gewisen werden.

11° Dass ein landskind für die annehmung als burger und landsmann 200 kronen für die landsgemein entrichten, den antheil, so einer hochen obrigkeit gebührt, ohnbegriffen, nebst 50 kronen für die armen und anbey über diese annehmung noch genugsamm an gutt oder vermögen franc besitzen solle, damit ein solcher nicht alsobald oder wenig zeit nach seiner annehmung der landsgemein und denen einwohneren beschwärlich werde.

12° Soll einem landskind, der eine burgerstochter geheürathet, nach vorschrift des diessortigen oberkeitlichen reglements der dritte theil des receptionspfennigs, nemlichen deren zwey hundert kronen, mithin die 50 kronen für die armen nicht einbegriffen, welche ohne unterscheid bezahlt werden sollen, nachgelassen werden.

13° Im fahl sich ein ausserer oder fremder, wie auch ein landskind um die annehmung anmelden wurde, der allbereit etliche söhne erzeügt hätte, so solle nur einer mit dem vatter darvon angenohmen werden, die übrige aber aussgeschlossen seyen; es seye dann sach, dass der vatter auch selbige einkauffen lassen wollte, in welchen fahl er für die übrige söhne, und zwar für jeden, 100 kronen zu bezahlen haben wird.

Welche samtliche obvermelte artickel in so lang ihren bestand haben sollen, als es meinen gnädigen herren belibig seyn wird, die übrige statuten und landrechten, so in dem landrechtbuch [1]) der gemeind jaun enthalten sind, ohnberührt lassende. Geben den 15. jully 1775.

Mit vorliegender Revision hatte das Landrecht von Jaun das letzte Entwicklungsstadium erreicht. Im Jahre 1781, wurde

---

[1]) War leider nicht mehr aufzufinden.

die Erneuerung der Erkanntnusse hinter Jaun beschlossen [1]) und im Jahre 1786 wurde diese Renovation vom Rate genehmigt [2]). Ferner revidierte der Rat im Jahre 1781 die Bestimmung über die Allmendbenutzung durch die Armen [3]) und bestimmte [4]), auf Ersuchen der Landschaft Jaun, im Jahre 1791 das Toleranzgeld der in Jaun angenommen oder anzunehmenden Hintersäßen für Benutzung der Allmend in der Weise, daß für jede Ziege zwölf, für jedes Schaf sieben und für jedes Schwein fünf Batzen an die Gemeinde zu entrichten seien.

Fünftes Kapitel.

Das Landrecht, die Gemeinde- und Allmendordnung von Jaun im 19. Jahrhundert.

Wenn wir über die Periode der Helvetik hinaus das Landrecht von Jaun verfolgen, so hat das seinen Grund darin, daß die Landschaft von den Umwälzungen und den neuen Ideen der helvetischen Republik wenig berührt wurden; denn nie drangen die Freiheit verkündenden Franzosen in jene abgeschiedene Alpenwelt. Die Vogtei Jaun wurde zwar aufgehoben, verfassungsgemäß hörte die Selbstverwaltung auf, die Landschaft Jaun wurde zum Distrikt Gruyère geschlagen; thatsächlich aber wurde in der Stellung der Landschaft wenig geändert. Nach dem Sturze der Helvetik kam im Jahre 1803 Jaun zum Amt Freiburg, behielt aber einen Teil seiner früheren Selbstverwaltung [5]).

Im Jahre 1804 wurden einige Feudalrechte in der Landschaft Jaun abgeschafft [6]); im Jahre 1806 wurde das Landrecht

---

[1]) S. die Urbarien von 1782. (Grosses de Bellegarde, n° 1 et 2.)

[2]) Ratsmanual von 1780, fol. 59, 161, von 1786, fol. 12, 126, 132.

[3]) Ratsmanual vom Jahre 1781, fol. 162.

[4]) Landtrog Jaun: Urkunde vom 16. Juni 1791.

[5]) S. über die Befugnisse des Ammanns und des Landweibels: Décrets relatifs à l'organisation définitive du canton de Fribourg, 1817, p. 129—30; Bulletin des lois IX, p. 192; XV, p. 91.

[6]) Bulletin des lois II, p. 299, (27 novembre 1804.)

in Bezug auf die Aufnahme neuer Bürger revidiert. Die Landleute von Jaun hatten nämlich dem Rate von Freiburg ein Gesuch eingereicht, um eine neue und verhältnißmäßige Bestimmung des Preises zur Aufnahme in das Ortsbürgerrecht zu erlangen. Der Rat, in Anbetracht der mit dem Gemeinderecht von Jaun verbundenen Vorteile, erließ nach sorgfältiger Untersuchung und mäßiger Berechnung folgende Bestimmung [1]).

1° Der Preis, welchen jeder neu anzunehmender Gemeinder für seine Aufnahme in das Ortsbürgerrecht und die Erlangung des Miteigenthümerrechts an den Gemeindegütern der ehrsamen Gemeinde Jaun zu bezahlen haben wird, ist von nun an bestimmt und angesetzt auf die kapitale Summe von achtzehnhundert schweizer Franken zu Gunsten der Gemeindekasse, und zweihundert Franken zum Vortheil des Armenseckels, nebst einem Franken für jeden Gemeinder in Ersetzung der von Alters her üblich gewesenen Mahlzeit.

2° Gegenwärtige Verordnung soll in der Gemeinde Jaun zur beständigen und unübertretbaren Regel und Richtschnur dienen, so lange wir darin keine Abänderung vornehmen, und es soll davon in keinem Falle abgewichen werden ohne unseren ausdrücklichen Willen und unsere Gutheißung.

Das Landrecht blieb nach wie vor die Rechtsbasis für die Landschaft Jaun, das erst durch die Einführung der Gemeindeordnung vom 20. Dezember 1831 [2]), sowie eines einheitlichen Civil- Straf- und Prozeßrechtes [3]) im dritten und vierten Jahrzehnt des 19. Jahrhundert im Kanton Freiburg, sowie durch die Gerichtsordnung vom Jahre 1848 [4]) schrittweise aufgehoben wurde.

Die Wirkung des Gemeindegesetzes von 1831 war, daß die bisherige Landschaft Jaun in eine Gemeinde umgewandelt wurde und den einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnung unterworfen wurde.

---

[1]) Staatsarchiv Freiburg: Registre des arrêtés, n° 48, fol. 264. (17. Januar 1806).

[2]) Bulletin des lois XIV, p. 151 ff.

[3]) Code civil, 1832—49; Code pénal, 1849; Code de procédure pénale, 1850; Code de procédure civile, 1851.

[4]) Bulletin des lois, XXIII, p. 107 ff.

Auf die einzelnen Bestimmungen dieser allgemeinen Gemeindeordnung und auf die neue Organisation der Gemeinden glauben wir nicht näher eingehen zu müssen und wollen nur hervorheben, daß staatlicherseits eine schärfere Kontrolle der Gemeindeverwaltung und der Anwendung der Gemeindefonds eintrat. Die Mißbräuche in der Nutzung der Allmend und der Gemeindewäldern bildeten von jeher ein stehendes Kapitel in den Allmendordnunge von Jaun; dies scheint auch nach der Einführung des Gemeindegesetzes nicht besser geworden zu sein, denn im Jahre 1840 sah sich die Regierung veranlaßt in Jaun eine Regie einzusetzen, welcher als Befugnisse und Verrichtungen folgende Punkte zugewiesen werden [1]:

a) Die Tilgung der Gemeindeschulden zu befördern; zu diesem Ende wird die Regie binnen zwei Monaten nach ihrer Errichtung den Zustand des Vermögens aufstellen, selben der Gemeindeversammlung vorlegen und dann dem Rat des Innern mit den vorgefallenen Bemerkungen überweisen.

b) Einen Entwurf neuer Gemeindestatuten abzufassen, durch welche die Nutzung der Gemeindegüter regelmäßig festgesetzt und die bisher besonders in betreff der Abholzungen in den Gemeindewäldern waltenden Mißbräuche abgeschafft werden.

c) Die Güter der Gemeinde zu verwalten und alle Ausgaben festzusetzen.

Der Aufforderung, neue Gemeindestatuten für Jaun auszuarbeiten, kam die Kommission nach und legte, im Namen der Gemeinde Jaun, am 12. August 1842, dem Staatsrat von Freiburg einen Gemeindeordnungentwurf vor, welcher von der Regierung die Bestätigung erhielt. Diese Gemeindeordnung, welche naturgemäß zahlreiche Anklänge an das frühere Landrecht und die frühere Allmendordnung enthält, betrifft die Stellung der Gemeindeversammlung, die Verwaltung, die Aufnahme von Bürgern, die Hintersaßen, die Benutzung der Gemeindegüter, der Allmend und der Waldungen. Als letzte Entwicklungsstufe des Landrechts von Jaun lassen wir dieselbe hier folgen [2]:

---

[1]) Registre des arrêtés, n° 58, fol. 83, (5 octobre 1840).

[2]) Registre des arrêtés, n° 58, fol. 337—44, (12. August 1842).

I. Titel. Gemeindeversammlung.

1. Die Gemeindeversammlung besteht aus den männlichen und mündigen Gemeindern und Hausvätern, welche das Recht haben, die Gemeindevortheile zu genießen.

2. Davon sind ausgeschlossen:

a. die zu einer entehrenden Strafe verurteilt worden sind.

b. diejenigen, welche unter einer Leibhaftssentenz stehen.

c. die unzahlbaren Geldstager.

d. die in ihren Rechten eingestellt sind.

e. die von einem Armenseckel Unterstützung erhalten.

f. desgleichen sind auf zwei Jahre ausgeschlossen, diejenigen, welche als Holzfrevler in den Gemeindewäldern überwiesen und als solche von dem Richter bestraft worden sind.

3. Die Gemeinde versammelt sich ordentlich drei Mal im Jahre im Gemeindehause zu Jann, nämlich am ersten Montag Märzens, am 2. Mai und am 31. Christmonat. Diese ordentlichen Zusammenberufungen geschehen durch den Gemeindweibel vor der Kirche nach dem Hochamte, am vorhergehenden Sonntage, mit Anzeige des Gegenstandes. Die außerordentlichen Zusammenberufungen geschehen, laut Gesetz, durch den Gemeindeweibel von Haus zu Haus.

4. Der Ammann beruft und präsidiert die Gemeindeversammlung. Ihre Pflichten und Befugnisse, so wie die Form der Berathung und Wahlen sind durch das Gesetz bestimmt.

5. Die Gegenstände, welche der Versammlung vorgelegt werden müssen sind:

a. Die Ernennung der Mitglieder des Gemeinderats, des Seckelmeisters, des Armenvogtes, des Kirchmeyers und der drei Kapellenvögte.

b. Die Bestimmung der Besoldungen des Gemeinderats und aller übrigen Angestellten der Gemeinde.

c. Die Reglemente betreffend die Pflichten und Befugnisse jedes Angestellten.

d. Die Aufnahme neuer Gemeindsbürger.

e. Die Autorisationsbegehren zu Ankäufen, Verkäufen und Täuschen von Liegenschaften, zu Kapitalien und Anlegungen, Geldleihen und Verunterpfändungen, zu Rechtsstreiten und endlich zu allen Konstruktionen (Bauten), welche die Summe von 40 Franken übersteigen.

6. Die Gemeindeversammlung läßt sich durch den Gemeinderat oder andere Angestellte über ihre Verwaltung schriftliche Rechnung ablegen und ernennt zu diesem Behuf an der gewöhnlichen Versammlung vom 31. Christmonat die zwei Kommissarien, welche jene Rechnungen untersuchen und darüber bis zum 2. März einen schriftlichen Bericht abfassen sollen.

7. Alle Rechnungen sollen nach den bestehenden Formen abgefaßt und nach erhaltener Genehmigung in ein besonderes Protokoll eingetragen und endlich dem Herrn Oberamtmann zur Gutheißung vorgelegt werden. Die Rechnungen der Kirche, Kapellen und andern milden Stiftungen werden zur Genehmigung der Gemeindeversammlung vorgelegt, welcher der H. Pfarrer beizuwohnen berechtigt ist.

II. Titel. Gemeinderat.

8. Die Zahl der Mitglieder, die Organisation, Amtsdauer, die Pflichten und Befugnisse des Gemeindrats sind durch das Gesetz bestimmt, welches hiefür als Regel dienen soll.

9. Für den Fall, daß die Regie von Jaun aufgelöst wird, steht es der Gemeinde frei, laut Vorschriften der §§ 55 und 86 des Gesetzes vom 20. Dezember 1831 ihre Gemeindegüter selbst zu verwalten, oder durch den Gemeinderat verwalten zu lassen. Das Gesetz bestimmt die daherigen Regeln.

III. Titel. Benutzung der Gemeindgüter.

10. Um die Gemeinderechte und Vorteile zu genießen, muß man von jeder andern Person verteilt sein, und zu diesem Ende die dazu nöthigen Titel vorweisen, während dem größten Theile des Jahres in der Gemeinde und in einer abgesonderten Wohnung, die aus einem mit einem Ofen versehnen Zimmer und einer Küche bestehen soll, eigenes Feuer und Licht machen. Eine unverteilte Familie kann nur ein Gemeindrecht genießen. Das

Begehren eines Gemeindrechts soll bei der Versammlung vom 31. Dezember der Gemeinde vorgelegt werden.

11. Jede Wittwe oder eine Tochter, welche die Vorschrift dieses Artikels erfüllt, wird ebenfalls die Gemeindevorteile benutzen können.

12. Die Söhne und Töchter können, so lange ihre Eltern noch leben, die Gemeindgüter nicht zu gleicher Zeit benutzen, bis sie das Alter von 30 Jahren erreicht haben.

13. Die Scheurer der Gemeindegüter die kraft förmlicher Pachtverträge dieselben vertreten, können im Namen derselben Eigentümer die Gemeindgüter benutzen. Um aber als Scheurer angesehen zu werden, muß man wenigstens so viel verpachtetes Land haben, daß man wenigstens eine Kuh darauf während dem ganzen Jahre ernähren könne und die zum Landbau nötigen Gebäude besitzen.

IV. Titel. Aufnahme in das Bürgerrecht.

14. Derjenige, welcher als Bürger von Jaun angenommen wird, muß zu Gunsten der Gemeinde bezahlen:

a. In die Gemeindekasse	750	Franken.
b. Zu Gunsten der Schule	250	„
c. In den Armenseckel	250	„
	1250	Franken.

Kein Kantonsfremder darf als Gemeinder von Jaun aufgenommen werden, bis er die Naturalisation erlangt haben wird.

15. Der Aufnahmspreis soll auf sicherm Unterpfand zu Gunsten jeder Kasse kapitalisiert werden. Für die Aufnahme der schon geborenen Kinder der Einkäufer, sowie für den Abzug zu Gunsten derjenigen, welche Bürgerstöchter geheirathet haben, soll das Gesetz vom 1. Juni 1811[1]) befolgt werden; jedoch soll auf den Anteilen der Armen kein Abzug stattfinden.

V. Titel. Hintersaßen.

16. Die Fremden, die sich in der Gemeinde niederlassen wollen, müssen zum Voraus die gehörigen durch das Gesetz bestimmten Schriften vorweisen und selbe dem Ammann zustellen.

---

[1]) Bulletin des lois VI, p. 258—61; Vgl. das Reglement vom 15. Juli 1775 und vom 12. November 1748.

17. Die auf eigene Rechnung niedergelassenen Kantonsfremden müssen bei ihrem Eintritte und sofort alle Jahre 5 Franken als Hintersäßgeld zum Voraus bezahlen.

18. Jeder Hintersäß ist zu allen öffentlichen Arbeiten und Auslagen verpflichtet, welche nicht ausschließlich auf die Besorgung der Allmendgüter Bezug haben.

19. Die Fremden die in Gemäßheit des § 13 als Scheurer die Stelle eines Gemeinders vertreten, sind vom Hintersäßgeld befreyt, bezahlen aber für die Dauer ihres Pachtvertrags 8 Fr. als Eintrittsgeld. Die Verleiher sind für die Pächter in betreff der öffentlichen Abgaben, Lasten und Arbeiten gegen die Gemeinde verantwortlich.

VI. Titel. Benutzung der Allmend.

21. Der Gemeinderat wird jedes Jahr der Gemeindversammlung ein Reglement vorlegen, wie und auf welche Art die Allmenden sollen benutzt werden.

22. Dieses Reglement soll enthalten:

a. Bestimmung der Allmenden, welche ausgeliehen werden.
b. Bestimmung der Allmenden, welche von den Allmendgenossen sollen benutzt werden.
c. Einteilung des Weidrechts für jeden Allmendgenossen.
d. Verpflichtungen der öffentlichen Arbeiten für die Allmendgenossen.
e. Die Ernennung der drei Allmendvögte, deren Pflichten und Befugnisse und die Rechnungsablegung derselben. Alle diejenigen, welche dieses Reglement übertreten, haben eine Buße von 4 Franken zu Gunsten der Armen zu entrichten.

VII. Titel. Benutzung der Waldungen.

23. Es wird jährlich aus den Gemeindewaldungen eine Holzverteilung unter denjenigen, welche zur Nutzung der Gemeinderechte berechtigt sind, loosweise gemacht werden.

24. Der Gemeindrat bestimmt die Quantität der vorzunehmenden Holzvertheilungen; die Loose werden durch den Ammann, den Gemeindschreiber und die drei Förster in der bestimmten Zeit

gemacht und so viel als möglich für jedes Drittel, aus welchen die Gemeinde besteht, in den nahe liegenden Waldungen bezeichnet und durch das Loos vertheilt.

25. Es ist von nun an allen Gemeindern verboten, in den Gemeindewaldungen, wie sie immer heißen mögen, unter welchem Vorwande es immer sein möge, Holz zu hauen. Die Übertreter werden von nun an als Holzfrevler laut Gesetz bestraft werden.

26. Die Gemeinde kann ohne Bewilligung des Staatsrats keine Holzverkäufe oder Abtretungen vornehmen, ausgenommen in außerordentlichen Fällen und an Arme und Bedürftige.

Die Wertbestimmung muß aber in den Rechnungen eingetragen werden. Alle Verkäufe sollen an öffentliche Steigerung gesetzt werden.

27. Der Gemeinderat bestellt die Förster, welche die Gemeindewälder besorgen und beaufsichtigen, die Übertreter ohne Rücksicht bei kompetenter Behörde anzeigen sollen; sie werden durch den Friedensrichter beeidigt. Sie beziehen eine Besoldung, welche je nach der Lage der Waldungen und ihrer Verrichtungen von der Gemeindeversammlung zu bestimmen ist. Gegeben zu Freyburg, den 12. August 1842.

Mit den obigen Ausführungen glauben wir die Darstellung des Landrechts und derGemeindeordnung von Jaun abschließen zu können. Reste alter Überlieferungen klingen auch heute noch in den Gewohnheiten der Jauner durch, so z. B. bezüglich der Benützung der Gemeinweide. In Bezug auf letztere hat auch die Gemeindeordnung von 1842 den überlieferten Rechtsgewohnheiten ziemlich weiten Spielraum gelassen.

Die Landschaft Jaun, und dies sei zum Schluß bemerkt, kann, was originelle Rechtsentwicklung und bemerkenswerte Rechtselemente betrifft, in der Rechtsgeschichte Freiburgs einen Platz und eine Bedeutung beanspruchen, welche auch größeren Gebietsteilen nicht zukommt.

Anhang [1]).

Urkundliche Beilagen.

I.

Die Landschaft Jaun geht mit der Stadt Freiburg ein ewiges Burgrecht ein.

1475, 6. Februar.

Staatsarchiv Freiburg. — Titres de Bellegarde n° 8.
Mémoires et documents XXIII, p. 79.

Wir der amman, die landlut und die ganze gemeinde des landes und gerichtes zu Yon, mit aller zugehord, Losner bistums, tund kund mengklichem mit diesem brief, das wir mit einhelligem rat und wohlbedachtem mut, ouch mit verhengnisse, gunst und gutem willen des wolgebornen herren Francen, grafen und herren zu Griers, unsers gnedigen lieben herren, für uns und unser ewig nachkomen, ein ewig burgrecht in der statt Friburg in Oechtlande genomen und geschworn hand, liplich zu Gott und den heiligen, mit ufferhabnen henden und gelerten worten, als gebürlich ist, und wellend von dishin wir und unser nachkomen ewiglich, by demselben eide ir geschwornen burger sin, ouch derselben statt Friburg raten und helfen getruwlich, als ander ir burger, so dick wir und unser nachkomen von inen und iren nachkomen ervordert werdent, alles in unserm und unser nachkomen costen an geverde. Und von semliches unsers burgrechts wegen söllend wir obgenanten von Yon und unser ewig nachkomen der genanten statt Friburg geben, richten und bezalen daselbst zu Friburg, alle jare uff sant Andres tag des heiligen zwölfboten, einen guten rinschen Gulden an gold zu einer erkanntnisse, das wir und unser ewig nachkomen derselben statt getruw burger ewiglich gesin söllent.

---

[1]) S. oben p. 5 die Anmerkungen 4, 5 und 6.

Und damit söllend wir obgenanten von Yon und unser ewige nachkomen gar und gentzlich aller sturen, wachten und tellen von der statt Friburg entladen sin, denn sovil was wir sunst und bishar von zöllnen, bruklonen und anders in der statt, herrschaften und gebieten ze bezalen gewonet habend, sollend wir und unser nachkomen hinfür als bishar richten und bezalen. Wir obgenanten von Yon hand uns selbst und unsern nachkomen hierinne vorbehaltend die dienst und recht, so wir getun sollend dem genanten unserm gnedigen herren, dem grafen von Griers, ouch dem vesten Tschan von Corbers, mitherren zu Yon, iren erben und nachkomen, nach sag unser fryheiten und harkomenheiten. Und söllend wir obgennanten von Yon und unser nachkomen disen eid und burgrechten der genanten statt Friburg und iren nachkomen ernüwern und schweren je von funf jaren zu funf jaren alwegen uf dem nechsten mentag nach dem heiligen hochzit ze Pfingsten. Und ob deheinost, von unmussen wegen oder sunst, semlich eide derselben zit nit beschechint, darumb so ensoll das gemelte burgrecht nit absint, sunder söllen die eiden beschechen, wie vor stat, durch uns von Yon und unser nachkomen, sobald und wir von eurer statt Friburg darumb angekert werdent, alles in guten truwen und ungevarlich. Und des ze warem und ewigem urkunde habend wir obgenanten von Yon, wann wir eigen ingesigel nit habend, mit fliss undertängklich erbeten den genanten unsern gnedigen herren, den grafen Griers, sin eigen ingesigel, von unser wegen, ze hencken an disen brief, uns und unser nachkomen des ze besagend. Und wir obgenanter Frantz, graf und herre zu Griers, bekenend uns haran offenlich, das wir, für die genannten von Yon uff ir bitt, und das ouch die genanten sachen, wie vor stat, mit unser verhengknisse und gehellung beschechen und zugangen sient, unser eigen ingesigel für uns, unser erben und nachkomen hand lassen hencken an disen brief, doch uns, unsern erben und nachkomen, an unsern rechten, so wir doselbst zu Yon hand, unvergriffenlich und unschädlich. Das geben wart uff dem sechsten tag des monades februarii, gezalt nach Christi geburt, thusend vierhundert sibentzig und funf jare.

II.

Jakob von Corbières verkauft seinen Anteil der Herrschaft Joun der Stadt Freiburg für 8830 Savoyer Pfund,

Freiburg, 1502, 10. Dezember.

Staatsarchiv Freiburg. — Titres de Bellegarde n° 12.

Wir Jacob von Corbers, edelknecht, mittherr zu Joun, burger zu fryburg, und frow Renaulde von Colognie, anders genempt von Andelot, eeliche gemächelde, besunder ich erstgenempt Renaulde mit gunst wüssen und willen des erstberürten von Corbers mins eelichen vogts, dem ich solicher vogty bekantlich bin, bekennen ofenlich mit disem brief, für uns, unser erben und nachkomen und für all die, so künftenclich unsers rechtens, titels und aller unser ansprachen genoss sin möchten, die wir mit uns harzu vestencklich verbinden, das wir wüssend und wolbedacht, nit betzwungen, noch mit dheinen gevärden hindergangen, unsern wüssentlichen nutz zu fürdern und schaden zu wenden, in eins ufrechten, redlichen, ewigen, erbern und unwiderrüflichen verkoufs wyss verkouft und zu koufen geben haben, geben ouch hin mit aller der sicherheit und gewarsame, so harzu von recht oder von gewonheit wegen allersicherlichost und beständlichost sin mag, zu koufen den edeln strängen fürsichtigen ersamen und wysen herren schultheissen, rat und eins gantzen gemeind der statt Fryburg unsern gnädigen herren, die solichen kouf für sich, ir erben, und nachkomen, und für ir gemeinen statt und nutz an sich haben genomen: Namlich unsern gantzen teil, ist der halbteil der gantzen herrschaft zu Joun, als wyt dieselb gat, und von alterhar die in irn zilln, lachen und marchen ist gelegen, und die verkoufen wir den obgenanten unsern herren von Fryburg und irn ewigen nachkomen für fry, ledig, eigen, mit lut, mit gutt, mit allem zinsen und järlichen gülten, die syen in pfeningen, korn, gersten, habern, hünren und andern dingen, mit allen zuväl-

len, löben und bessrungen, mit aller herrschaft hocher und nider gerichten, die stock und galgen ervordern, mit twingen, bännen, büssen und vällen, mit müllinen, blöwen, tagen und allen andern geschirren, mit wasser, wasserunsen, vischentzen wildpänen, hochfluck und allen rechten, mit allen gebotten, verbotten, strafungen und andern ufhebungen, mit bergen, tälern, äbninen, hüssern, höfen, stäfeln, ackern, matten, höltzern, väldern, wunen, weyden und gemeinlich mit allen den dingen und dem rechten, so von alterhar jewelten zu solicher unser herrschaft gehört haben, gantz und gar nütz usgenomen noch vorbehalten. In welichem kouf wir mitt ussgetruckten worten wellen, das die gütter seyen begrifen, die wir selbs haben besessen, do wir zu Joun woren, namlich unser huss, hof mitt garten und allem dem, so dorzu gehört, item ein matten, halt acht jucharten, heisst der boden acker, item ein ander matten, heist die fussmatten, halt sechs gutt mader, aber ein matten heist die bruch, halt ouch sechs meder, die verkoufen wir inen ouch mit schüren, stöfeln und aller zugehörd. Wir verkoufen inen ouch ein halben ziger järlichs zins, so uns die herren von Marsens järlichen schuldig sind, ab und uff irem berg Obberra, zu erkantnuss der hochen herlickeit, so wir doruf haben, dessglichen solich recht und herrschaft, so wir haben uf dem berg Reckissalp, sol in disem kouf ouch begrifen, und doruss gantz und gar nütz sin gesündert, so wir hievor im gantzen land, und in der march der landtschaft von Joun gehept, es sy gefundens oder ungefundens, dan wir das alles wellen und meynen für genempt haben, als ob hierin von stück zu stück besunder meldung beschechen were, mit dem allem als irm fry eygen gutt und umbekumbert eygen mit gebieten, verbieten, stüren tällen, besatzung der kilchen, der gerichten und amptlüten, und allen andern übungen zu handlen, tun und lassen, alles das, so der obern herrlickeit und hand zustat von uns und menglichen von unser wegen gantz und gar ungesumpt, ungeirrt und unangesprochen. Und ist diser ewiger kouf geben und beschechen umb acht thusent acht hundert und dryssig pfund pfeningen gänger und gäber wärschaft zu Fryburg, so

uns die obgenanten herren koüfer inmassen gewert und bezalt, das wir uns des billich benügen, und dorumb so haben wir si und ir ewig nachkomen für uns und unser erben hiermit quittiert, und quittieren si in kraft diss briefs, und haruf so entzichen und begeben wir uns für uns und unser erben, der obgenanten unser verkouften halben herrschaft und alles rechtens, so wir derhalb im gantzen land von Joun gehept haben, und setzen des alles die obgenanten unser herren von Fryburg und ir ewig nachkomen an unser statt in sicher liplich, rüwig und ewig gewerd, mit disem brief, mit aller gewalltzgebung, als obstat, domit zu tun nach irm fryen willen und gevallen. Wir geloben ouch bi unsern guten truwen und bi pfand, band und insatzung aller unser güttern, ligender und varender, gegenwürtiger und künftiger, den gemeldten herren koüfern, all schriften, brief, gewarsamme und all unser erkantnüssen, sy syen nuw oder alt, hinuss zu irn handen zu geben, so uns hievor von wegen solicher unser verkouften herrschaft dheins wägs haben zugedient, domit si sich dern behelfen und ir rechtsame destbas mogen behalten und inen bi obgeschribner gelüpt, gut, sicher und redlich wärschaft zu leisten und inen vor einen abgewunnen zu sind. Alles des so wir ihnen, als obstat, verkouft haben, vor allen und jeden gerichten und rechten, geistlichen und weltlichen, und usserhalb an allen stetten und enden und gegen menglichen, als recht ist, so dick und vil si des nodturftig und wir von inen desshalb ersucht werden, alles in unser eygnen kosten an irn schaden; dann wes si gebrästens halb solicher wärschaft zu kosten kämen, den sollen und wellen wir inen allenclich abtragen, unervordert, uns desshalb eynicher eyd oder ander bewisung zu tun. Dobi ob in künftigen diser brief eynichen gebrästen gewunn an der geschrift oder insigelln, oder dass der zu iren volkomnen nodturft und behalltnüss irs rechtens nitt were gesetzt und gemacht worden, so wellen und söllen wir schuldig und verbunden sin, inen den in unsern eignem kosten zu bessern, und disen brief und alles das, so vor und nach geschriben stat, war stat und vest halten, und dowider nitt ze tun, reden, komen, noch schaffen getan werden,

heimlich oder ofenlich in dheinem wäg. Hiewider sol uns, unser erben und nachkomen gantz nütz fryen, fristen, schirmen noch behelfen, dhein gnad, fryheit noch vorgab, dhein ordnung, satzung oder gewonheit, geistlicher oder weltlicher gerichten und rechten, dhein usszug, fund oder gevärd, dhein burgrecht, stattrecht, landrecht noch sunst gar nütz überal, dodurch und mit diser brief gantz oder zum teil bekrenckt, oder uns wider in möcht geholfen werden, dan des alles haben wir uns wüssent lich entzigen und begeben und besunder des rechtens, das gemeine verzichung abtut, an einer sunderbaren vorgang. Und beken, ich obberüter Jacob von Corbers der verköufer, miner gemeldten eegemachel zu allen obgeschribnen dingen min willen gegeben haben, alle gevärd und arglist gantz und gar vermitten und hindan gesatzt. Und des alles zu vestem immerwerenden urkund, so hab ich erstgenempter Jacob von Corbers für mich selbs und die oftgesagten min eegemachel, min eygen insigel heran gehenckt, uns aller obgeschribner sachen wüssentlich übersagend, und zu noch merer sicherheit den geistlichen ersammen herren Wilhelmen Burger, dechan zu Fryburg mit flyss erbetten, das der sinr dechan insigel zu dem unsern ouch haran gehengkt hatt, das wir erstgenanter dechan, uf ordenlichen antrag des ersamen Niclausen Lumbart, stattschrybern zu Fryburg unser dechany Juraten, dem wir zu solichem unser bevelch gegeben bekennen gethan haben, doch uns und unser dechany on schaden, und sind hieby gewesen Cuni Jackis von Joun, Jost Zimmermann, Peter Tavernier, und ander. Gehandelt zu Fryburg uff dem zechenden tag decembris, alls man zällt von gottes geburt thusent fünfhundert und darnach im andern jar.

III.

Johann, Graf von Gruyère, verkauft seinen Antheil der Herrschaft Jaun der Stadt Freiburg für 9866 Pfund.

Gruyère, 1504, 3. November.

Staatsarchiv Freiburg. — Titres de Bellegarde n° 13.
Mémoires et documents, XXIII, p. 194.

Nous Jehan, conte de Gruyere, seigneur de Montservens, Orons, Pallaisseux etc. faisons scavoir que nous, intervenant le consentement de damme Huguete, nostre tres amee damme compaigne, auxi de Jehan, seigneur d'Aulbonne et Jacques, filz legitime de nous et de la dicte damme, avons vendu et vendons perpetuellement pour pur, franc et liberal alleur a nobles, magnifiques et puissants seignieurs, messieurs les aduoyer, conseilz et a touta la communaulte de la ville de Frybourg toute nostre part, cest la moitie de toute la seigniorye de la vaulx de Bellegarde; auquel lieu lautre moitie appartient esdictz seigneurs de Frybourg, par acquisition faite de noble Jacques de Corbieres, aultrefois conseignieur de Bellegarde; pour laquelle moitie de la dicte seigniorie les bonnes gens demourant en icelle ont accoustume noz baillier annuellement, le jour de la sainct Gaulz, la somme cinquant cincq livres bonnes, moing trois fort, item a cause de la montaigne de Oschels huit livres bonnes et deux groz, deux seray richeret et deux testes de beurre. Plus leur avons nous vendu trante ung chesaux et demie, que nous avons ehu au villaige de Bellegarde, item cinquante quattre chappons et le tier dung chappon, item huit coppes dorges a la mesure de Corbieres, a cause du molin, et treze couchon douvre a cause du batieux et ung seray richeret que nous avons annuellement au villaige de Bellegarde. Lesquelles cens vendons eisdicts seigneurs de Frybourg pour pur, franc, liberal alleur, avecques toutes seignioryes et jurisditions, haultes, moyennes et basses, contenant en soy mesmes le dernier supplice, ensemble tous hommes, hommaiges, loz, reprises

cences etc., sans y avoir pour nous reserves chose qui soit, scenon tant seulement touta la montaigne de Filisiesme, laquelle nous avons retenu pour nous et nos heritiers, nonobstant ce quelle soit en la jurisdiction du pais de Bellegarde. Et a este faicte cette vendition pour le pris de neuf mille huis cent soixante six livres, treze sols, quatre deniers, monnaye coursable audict Frybourg. Et ont este present messire Marmet de Gruyere, prieur de Brogk, Loys de Corbieres, Jehan Hugo de Courpasteur, Pierre d'Aigremont et autres. Et pour evidence perpetuelle de toutes les choses dessus escriptes nous Jehan, comte de Gruyere, avons mis en ce presentes le scel de nos armes, avecques le seing manuel de Nicolas Lumbart, secretayre de Frybourg et de Jehan de Miensie, nostre clerc jure, pour meilleur certification de toutes choses susdictes, faictes et donnees en nostre chateaux de Gruyere, le tier jour du moys de novembre, lan mille cinq cens et quatre.